



55. JAHRGANG • MÄRZ

03
2001

STÄDTE- UND GEMEINDERAT

HERAUSGEBER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND NORDRHEIN- WESTFALEN

Partnerschaft

Tempo-30-Zonen

Bürgerhaushalt





STÄDTE- UND GEMEINDERAT

Die Fachzeitschrift Für Kommunal-und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

Wappen und Fahnen der

Partnerkommunen gehören in vielen Rathäusern zur festen Ausstattung. Seit mehr als 50 Jahren reisen Schachvereine, Schwimmclubs, Orchester,



aber auch Gruppen engagierter Bürger und Bürgerinnen in die „Geschwisterstadt“, wie es das englische Wort „Twin Town“ so treffend ausdrückt.

Städte- und Gemeindepartnerschaften trugen nach

dem 2. Weltkrieg dazu bei, die Blockade zwischen Deutschen und den übrigen Völkern Europas aufzulösen. Eine Fahrt nach England oder Frankreich gehörte damals zu den touristischen Höhepunkten. Im Zeitalter der Billig-Flugreisen und der globalen Vernetzung via Internet ist dieser Aspekt bei den Kommunalpartnerschaften freilich in den Hintergrund getreten.

Hier und da macht sich Routine breit. Die Aktiven der ersten Stunde werden alt, Jüngere sind für Partnerschafts-Aktivitäten schwer zu gewinnen. Hier kann Projektarbeit beitragen, der „eingeschliffenen“ Partnerschaft neuen Schwung zu geben. Denn auch im zusammenwachsenden Europa behält die klassische „Zweier-Beziehung“ unter Kommunen eine besondere Qualität.



Hauptgeschäftsführer StGB NRW

INHALT

55. Jahrgang
März 2001

NEUE BÜCHER UND MEDIEN	4
NACHRICHTEN	5

THEMA KOMMUNALPARTNERSCHAFTEN

WALTER LEITERMANN Kommunalpartnerschaften - Entstehung, Typen, Trends	6
BARBARA BALTSCH/WALTER LEITERMANN Die geografische Verteilung der Partnerschaften	10
SABINE HOLLAND-LETZ EU-Förderprogramme für Kommunal-Partnerschaften	12
HERBERT HENNEKE Die wachsende Bedeutung von Partnerschaftsvereinen	14
MECHTHILD CAPPENBERG Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften - das Beispiel Beckum-Heringsdorf	16
PETER SONNET Partnerschaft zwischen Troisdorf und Mushtisht	18
BARBARA BALTSCH Partnerschafts-Suche im Internet	20
CHRISTOPH KAMPS Brücke nach Polen - Partnerschaftsarbeit in der Stadt Nettetal	22

Parlamentarischer Abend des StGB NRW	13
ROLAND THOMAS Die neue Straßenverkehrsordnung und Tempo-30-Zonen	24
STEFAN PRUIN Der „Bürgerhaushalt“ in der Stadt Monheim am Rhein	26
MICHAEL DÜCHTING Erfolgreiches Standort-Marketing durch Zielgruppen-Orientierung	28

RECHTSPRECHUNG

Gericht in Kürze	30
Persönliches	30

Titelbild: Flaggen im Kölner Hauptbahnhof
Foto: KBP Bonn

Stadtmarketing

Leitfaden erstellt von der StGB NRW-Arbeitsgruppe Städtebauliche Erneuerung, Februar 2001, Format DIN A 4, acht Seiten, zu bestellen über den StGB NRW, Kaiserswerther Straße 199-201, 40474 Düsseldorf, Tel. 0211-4587-1, Fax 0211-4587-211, e-mail: info@nwstgb.de

Unter dem Titel "Stadtmarketing werden seit Jahren unterschiedliche Konzepte verfolgt. Bei aller Unterschiedlichkeit dessen, was eine Kommune mit dem Begriff verbindet, ist doch der Anlass, mit Stadtmarketing zu beginnen, in vielen Fällen ähnlich.

Ausgangspunkt sind häufig Probleme in der Kernstadt. Dazu gehören mangelnde Attraktivität der Innenstadt mit ihren typischen Funktionen, Umsatzprobleme des Handels, konkurrierende Projekte am Stadtrand, in Nachbarstädten oder Nachbarregionen oder auch Kommunikations- und Koordinationsprobleme zwischen den Akteuren.

Der Leitfaden behandelt die verschiedenen Aspekte des Stadtmarketing und will insbesondere Anregungen geben, wie Stadtmarketing zu organisieren ist, um Probleme zu vermeiden und eine positive Entwicklung in der jeweiligen Stadt anzustoßen.

Integriertes öffentliches Rechnungswesen

Konzeption einer Neugestaltung der Rechnungslegung und des Rechnungswesens öffentlicher Gebietskörperschaften. Von Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kfm. Dr. Heinz Bolsenkötter, geb. 258 Seiten, Fachverlag Moderne Wirtschaft, 49,- DM, ISBN 3-934803-01-6.

Zur Zeit wird die Reform des Rechnungswesens öffentlicher Gebietskörperschaften intensiv diskutiert. In dem Buch stellen die Prüfungs- und Beratungsorganisation PwC Deutsche Revision und ihre Tochtergesellschaft WIBERA Wirtschaftsberatung AG ihr neues Konzept

vor, welches das kamerale Rechnungswesen durch ein System mit breiteren Erkenntnismöglichkeiten ersetzen soll. Die Gesellschaften empfehlen den Gebietskörperschaften die Einführung einer kaufmännischen doppelten Buchführung.

Das Konzept sieht eine umfassende Vermögensrechnung vor, die in das Gesamtsystem zu integrieren ist und die das öffentliche Vermögen sowohl realistisch bewertet als auch seine Finanzierung und alle Verbindlichkeiten nachweist. Darüber hinaus soll die Finanzrechnung fortentwickelt und um eine Ergebnisrechnung ergänzt werden, die den Ressourcenverbrauch aufzeigt. Ziel

ist, neben dem finanziellen auch das wirtschaftliche Ergebnis auszuweisen.

Das integrierte Modell des Rechnungswesens basiert auf dem HGB-Modell der Erwerbsunternehmen, ist jedoch auf die Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung abgestimmt. Haushaltsplanung und -kontrolle bleiben unverzichtbar, beziehen aber die betriebswirtschaftliche Ergebnisrechnung mit ein. Ergänzt werden soll das Rechnungswesen um eine Kosten- und Leistungsrechnung. Ferner ist mittelfristig eine Konzernrechnungslegung für die Kernverwaltung sowie ausgegliederte Betriebe, Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften vorgesehen.

Virtuelle Organisationen im Zeitalter von E-Business und E-Government

Aufsatzsammlung hrsg. von Walter Gora und Harald Bauer, geb. 489 Seiten, 92 Abbildungen, 19 Tabellen, Springer-Verlag Heidelberg 2000, 98,- DM, ISBN 3-540-41171-2

Eine Baugenehmigung zu erhalten, dauert in Deutschland oft lang. Vom Tag der Antragstellung bis zum ersten Spatenstich können durchaus zwei bis drei Monate vergehen. Die meiste Zeit verstreicht durch den Versand der Formulare und Zeichnungen, die zwischen Bauherr und Verwaltung, Verwaltung und Architekt oder innerhalb der Baubehörde hin- und her geschickt werden müssen.

Dies ist im 21. Jahrhundert nicht mehr zeitgemäß, so der Tenor des Buchs "Virtuelle Organisationen im Zeitalter von E-Busin-

ess und E-Government". Der Einsatz von Informationstechnik in Unternehmen und in öffentlichen Verwaltungen hat bereits zu gravierenden Änderungen geführt. Der Sammelband mit 45 Einzelbeiträgen aus

Forschung und Praxis gibt einen Überblick über diese Entwicklung und einen Ausblick auf Trends hin zur virtuellen Organisation. Technologien, Organisationsformen, Wertschöpfungsketten sowie rechtliche und steuerliche Aspekte virtueller Organisationen sind dargestellt.

Darüber hinaus stellt das Buch praktische Beispiele aus der Wirtschaft - etwa Virtual Banking oder virtuelles Teilemanagement in der Kfz-Zulieferindustrie - sowie aus der öffentlichen Verwaltung vor. Die Beiträge zum E-Government bewegen sich zum größten Teil im Bereich des Visionären, skizzieren aber auch konkrete Entwürfe wie etwa eine virtuelle Universität oder das virtuelle Bauamt. Grafiken und Tabellen erhöhen die Lesbarkeit.

Wohngeldgesetz

Kommentar, mitbegr. u. fortgef. von Otto Stadler, Dieter Gutekunst und Gerhard Forster, neu bearb. von Prof. Dr. Dieter Gutekunst, u. Franz Wolf, Loseblattwerk, etwa 1.810 Seiten, DM 112,- einschl. Ordner; Richard Boorberg Verlag, München; ISBN 3-415-00561-5.

Dieses Standardwerk gilt als unentbehrlich für jeden, der sich mit Fragen des Wohngeldes beschäftigt. Die Neufassung des Wohngeldgesetzes vom 11.04.2000 - gültig seit 01.01.2001 - strukturiert das Gesetz völlig neu. Der Kommentar zum Wohngeldgesetz trägt dem Informationsbedürfnis in dieser Phase der Rechtsumstellung Rechnung. Die 45. Ergänzungslieferung (Stand 1. Oktober 2000) enthält Erläuterungen zum neuen Wohngeldrecht. Die Lieferung berücksichtigt die Kommentierung zu §§ 3, 4, 5, 25-30, 35, 36, 38-41 und 43 sowie zum besonderen Mietzuschuss für Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegssopferfürsorge nach §§ 31, 32, 33 Wohngeldgesetz (WoGG n.F.).

Ausstellung über privates Wohn-Ambiente

Xanten - In einer Ausstellung werden einmal nicht nur Kunstwerke im Mittelpunkt stehen. Unter dem Titel "Mein Sofa - mein Bild" plant das Regionalmuseum Xanten eine Ausstellung, bei der Xantener BürgerInnen ihre Couch mit dem darüber hängenden Bild präsentieren können. Rund 15 Exponate werden vom 29. April bis zum 15. Juli 2001 ausgestellt. Bei der Konzeption der Schau geht das Museum davon aus, dass "Sofabilder" von ganz besonderer und persönlicher Art sind und ihre Besitzer ein besonderes Verhältnis zu diesen entwickelt haben.

Höhere Einnahmen im Öffentlichen Nahverkehr von NRW

Düsseldorf - Im öffentlichen Straßenpersonenverkehr des Landes Nordrhein-Westfalen wurden von Januar bis September 2000 mit 1,92 Milliarden DM um 0,7 Prozent höhere Einnahmen erzielt als in den ersten neun Monaten 1999. Freilich lag die Zahl der beförderten Personen - so das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik - mit 1,36 Milliarden um 0,2 Prozent niedriger als in den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Trotz Tarifierhöhung zum Jahresbeginn 2000 sanken die Einnahmen im allgemeinen Linienverkehr in den ersten drei Quartalen des Jahres 2000 um 0,6 Prozent auf 1,59 Milliarden DM. Dagegen legten die Einnahmen aus Wochen-, Monats- und Jahreskarten sowie aus Jobtickets um 5,4 Prozent zu.

Neues Stadtmuseum in Hattingen

Hattingen - Nach fünfjähriger Bauzeit wird das neue Stadtmuseum am 19. Mai 2001 eröffnet. In den historischen Amtshäusern des Ortsteils Blankenstein ist dann eine Dauerausstellung zur Stadtgeschichte sowie zeitgenössische Kunst von überregionaler Bedeutung zu sehen. Der Umbau der denkmalgeschützten Häuser im mittelalterlichen Ortskern Blankensteins und die Einrichtung des Museums kosteten rund 9,5 Mio. DM. Bis zur Eröffnung haben sechs junge Künstler Gelegenheit, sich mit Innen- und Außenräumen des Stadtmuseums und den Besonderheiten Hattingens künstlerisch auseinanderzusetzen.

Gymnasium spart 25.000 DM Energiekosten ein

Bad Honnef - Was die Bundesregierung bis 2005 erreichen will, hat das Gymnasium Schloss Hagerhof in Bad Honnef bereits geschafft. Mit der Inbetriebnahme eines Blockheizkraftwerkes (BHKW) senkt das Internat seine Kohlendioxid-Emissionen um mehr als 25 Prozent. Die Energiekosten reduziert die Anlage, die mit Kraft-Wärme-Kopplung arbeitet, um 15 Prozent. So kann die Schule in diesem Jahr rund 25.000 Mark einsparen. Zustande gekommen ist das Projekt durch eine Beratung seitens der Energieagentur NRW.

Westfälische Schützen treffen sich in Dorsten

Dorsten - Mehr als 7.000 TeilnehmerInnen erwartet die Stadt Dorsten zum "Westfälischen Schützentag 2001" vom 12. bis 14. Oktober. Dabei treffen sich Aktive und Delegierte aus mehr als 1.100 Mitgliedsvereinen des Westfälischen Schützenbundes. Neben der Delegiertenversammlung sind eine Reihe von Veranstaltungen für das breite Publikum geplant. Dazu gehört das Kaiserschießen am 14. Oktober, bei dem die 13 amtierenden Dorstener Schützenkönige auf den Vogel anlegen. Auch das Landestreffen der historischen Fanfarenzüge sowie ein Festball stehen auf dem Programm. Höhepunkt ist der Festumzug am 13. Oktober. Das Treffen findet bereits zum 52. Mal statt.

Lippeverband feiert 75-jähriges Bestehen

Lünen - Der Lippeverband wird in diesem Jahr 75 Jahre alt. Der offizielle Festakt fand bereits am 19. Januar 2001 statt. Zum Jubiläum wird es auch eine Wanderausstellung geben, die sich mit den Aufgaben des Verbandes beschäftigt. Das "LippeMobil" tourt von April bis September 2001 durch Dorsten, Marl, Haltern, Dülmen, Datteln, Lünen, Kamen, Unna, Hamm und Soest. Außerdem kommt ein Jubiläumsbuch zu "Ansichten eines Flusses - die Lippe" heraus. Im Verbund mit der Emscher-Genossenschaft ist der Lippeverband der größte Abwasserentsorger Deutschlands und darüber hinaus zuständig für Hochwasserschutz und die Gewässerunterhaltung der Lippe.

Gemeinsamer Burgenführer von LWL und Ennepe-Ruhr-Kreis

Schwelm - Der Ennepe-Ruhr-Kreis und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) werden gemeinsam einen "Burgenführer" herausgeben. In zwei Jahren soll die Broschüre den Weg zu den Burgen aus vorindustrieller Zeit, aber auch zu den Repräsentationsobjekten der Stahl- und Kohlebarone weisen. Außerdem wird der Landschaftsverband den Innenausbau des Stadtmuseums Hattingen mit 70.000 Mark unterstützen. Nach LWL-Angaben sind in den vergangenen 20 Jahren 2,1 Millionen Mark in den Kreis geflossen, zum Beispiel für das Haus Martfeld in Schwelm oder das Märkische Museum. Der LWL investiert jährlich rund 100 Millionen Mark in die westfälische Kultur und in seine 17 Museen.

Testwoche zum Stromsparen in der Hattinger Stadtverwaltung

Hattingen - Um 26 Prozent konnte die Stadt Hattingen während der "Aktionswoche E-Fit" den Stromverbrauch ihrer Verwaltung senken. Die Einsparungen wurden ausschließlich durch energiebewusstes Verhalten der MitarbeiterInnen und den Einsatz schaltbarer Steckerleisten erreicht. Hattingen führte die Aktionswoche als erste Kommune des Energienetzwerkes NRW zusammen mit der Energieagentur Nordrhein-Westfalen durch. Außerdem wurden während der Zeit 71 Energiesparideen von den Mitarbeitern eingereicht. Viele dieser Vorschläge sind mit geringen Investitionen umzusetzen.



Foto: Stadt Kamen

◀ Feiern, Ehrungen oder Gastgeschenke - hier 1998 in Montreuil-Juigné für die Stadt Kamen - sind nur ein kleiner Teil der Partnerschaftsarbeit deutscher Städte und Gemeinden

nissen des Krieges nicht in der Isolation blieb, sondern allmählich in die Staatengemeinschaft zurückgeführt wurde.

ENTWICKLUNG NACH AUSSEN

In den 1960-er und 1970-er Jahren hat sich die kommunale Partnerschaftsbewegung konsolidiert und intensiviert. Während die Zahl der britischen und französischen Partnerstädte und -gemeinden kontinuierlich anstieg, streckten deutsche Städte ihre Fühler langsam auch in andere Regionen aus. Heute besteht die deutsche Städtepartnerschaftsbewegung aus einem eng geknüpften Netz von gut 6.500 städtepartnerschaftlichen Beziehungen zu Kommunen in 87 Ländern rund um den Erdball.

Einen deutlichen Aufschwung erhielt die deutsche kommunale Partnerschaftsbewegung, die lange Zeit vor allem nach Westeuropa ausgerichtet war, mit der deutsch-polnischen und deutsch-russischen Annäherung Mitte der 1970-er Jahre und dann nochmals mit dem Fall des Eisernen Vorhangs Ende der 1980-er Jahre.

Eine andere - ebenfalls in diese Zeit fallende - Tendenz der Partnerschaftsbewegung waren die sogenannten Nord-Süd-Partnerschaften, also Beziehungen zu Kommunen der Dritten Welt. Der verschärfte Blick auf globale Umweltprobleme, das gesteigerte Bewusstsein vom verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen und ähnliche Themen haben den Blick für die kommunale Nord-Süd-Kooperation geschärft.

Es nahm jedoch nicht nur die Zahl der kommunalen Partnerschaften zu, sondern auch die Zahl der Kontakte und Aktivitäten im Rahmen dieser Partnerschaften. Schwerpunkt der kommunalpartnerschaftlichen Aktivitäten waren und sind der Kultur-Austausch und der Jugend-Austausch. Beide stehen in einem engen Zusammenhang mit den Hauptmotiven der Städtepartnerschaftsbewegung: Aussöhnung und Sicherung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern.

Mit dem Jugend- und Kulturaustausch werden die Voraussetzungen geschaffen, dass Vorurteile als Vorurteile erkannt werden, dass das Fremde und Andersartige ver-

Akteure und Vorreiter des vereinten Europa

Städtepartnerschaften prägen seit mehr als 50 Jahren das öffentliche Leben in Deutschlands Kommunen und haben sich trotz mancher Anpassungnöte längst nicht überlebt

Erste kommunalpartnerschaftliche Bande ins benachbarte Ausland nahmen deutsche Städte bereits Anfang des 20. Jahrhunderts

DER AUTOR

Walter Leitermann ist Stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

auf. So wurde im Jahre 1913 eine Städtepartnerschaft zwischen Rottweil und Brux (Schweiz) gegründet. Im Jahre 1920

kam zwischen Linz am Rhein und Linz an der Donau eine Partnerschaft zustande und schließlich im Jahre 1930 zwischen Wiesbaden und Klagenfurt.

Von einer breiten Städtepartnerschaftsbewegung kann aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg die Rede sein. In den Jahren ab 1947 entstanden zahlreiche deutsch-bri-

tische und deutsch-französische kommunale Partnerschaften. Großbritannien und Frankreich zählen auch heute noch - zumindest aus deutscher Sicht - zu den wichtigsten Ländern der Partnerschaftsbewegung. Denn sie haben bei weitem den größten Anteil an den aus Deutschland heraus geknüpften kommunalen Verbindungen.

Diese geographische Schwerpunktsetzung hängt zusammen mit den bestimmenden Motiven der kommunalen Partnerschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg. Es waren dies Versöhnung unter ehemaligen Kriegsgegnern und Sicherung des Friedens in Europa durch Austausch und Begegnung.

Wenn man sich die Anfänge der Städtepartnerschaftsbewegung nach 1945 genauer ansieht, fällt auf, dass es häufig Bürger oder Kommunalpolitiker aus Frankreich und England - später auch aus den USA - waren, die die Hand ausstreckten und damit ihre Bereitschaft zum Neuanfang zeigten. Auf diese Weise trugen sie dazu bei, dass Deutschland nach den schrecklichen Ereignissen

standen und akzeptiert wird und dass sich der eigene Horizont im Sinne von größerer Toleranz erweitert. Damit sind zwar Völkerverständnis und ein friedliches Nebeneinander noch nicht garantiert, aber doch auf ein breites Fundament gesetzt. Dies hat sicherlich in den zurückliegenden Jahrzehnten die europäische Integration vorangebracht.

AUSRICHTUNG AUF AKTUELLES

In der jüngsten Zeit hat sich die der Partnerschaftsbewegung zugrunde liegende Philosophie erweitert. Zu den wichtigsten Zielen der Jahre von 1950 bis 1970, nämlich Versöhnung und Friedenssicherung durch Begegnung, kamen weitere Elemente hinzu, die in der Partnerschaftsbewegung der vergangenen 20 Jahre immer spürbarer geworden sind. Grundsätzlich ist eine stärkere Ausrichtung auf aktuelle Fragen und Problemstellungen festzustellen.

Lange Zeit haben die Aktiven stark darauf geachtet, dass die bestehenden Partnerschaftsbeziehungen vor allem bürgerorientiert waren und die Kommune praktisch nur den zeremoniellen Rahmen bereitstellte. Fachlicher Austausch von Kommunalbeamten wurde abfällig als „Bürgermeistertourismus“ bezeichnet - und deswegen auch von Seiten der Kommunen tunlichst nicht in Angriff genommen.

Dies hat sich in den zurückliegenden Jahren geändert. Inzwischen wird die kommunale Partnerschaft auch als ein Forum angesehen, wo sich Kommunalverwaltungen zu spezifischen Fragestellungen und Problemen austauschen. Kommunalpolitik ist somit zu einem Thema der Partnerschaften geworden.

Fast an jedem Ortseingang weisen Schilder auf die Städtepartnerschaften der Kommune hin



Foto: Beißel

VERNETZUNG DER PARTNERSCHAFT

Auch im gesellschaftlichen Bereich haben sich die Begegnungsfelder erweitert. Der Austausch von Theatern, sozialen Einrichtungen, Berufsgruppen oder bestimmten gesellschaftlichen Gruppen wie etwa Senioren zu spezifischen Themen hat in der jüngsten Zeit zugenommen. So ist eine vielfältige Vernetzung der Partnerschaft jenseits von Jugendaustausch und Kulturaustausch entstanden.

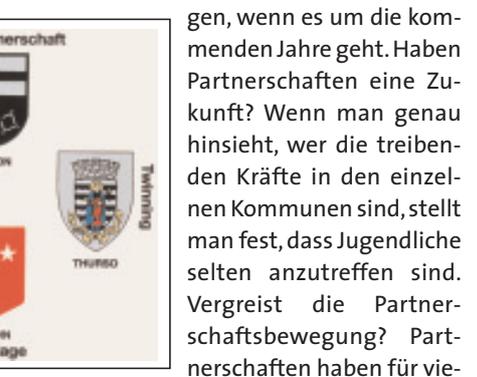
Die Bereitstellung von EU-Fördermitteln hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass immer mehr Kommunen ihre kommunale Partnerschaften in den Dienst europaweiter kommunaler Netzwerke stellen, in deren Rahmen spezifische Projekte gemeinsam erarbeitet werden. Diese von der EU geförderte projektbezogene Zusammenarbeit richtete sich zunächst nicht spezifisch an Städtepartner.

Jedoch waren diese besonders rasch in der Lage, auf dieses Angebot zu reagieren, da die Netzwerkpartner über die bestehenden Städtepartnerschaften bereits vorhanden waren. Die EU-Förderprogramme haben daher einen wesentlichen Anteil an einer Neuorientierung - oder besser gesagt: Erweiterung - der Partnerschaftsphilosophie.

Selbst in den traditionellen Bereichen des Kultur- und Jugendaustausches hat der „Projekt-Gedanke“ stärker Einzug gehalten. Jugendbegegnungen sind nicht mehr einfach nur Zeltlager- und Lagerfeuerroman-

tik, sondern man trifft sich unter einem Motto oder einem „Arbeitsauftrag“ (Projekt), der gemeinsam bewältigt wird.

Die kommunale Partnerschaftsbewegung, die bereits mehr als 50 Jahre alt ist, kann sicher auf Erfolge zurückblicken. Getrübt wird dieser Blick allerdings durch Sorgen, wenn es um die kommenden Jahre geht. Haben Partnerschaften eine Zukunft? Wenn man genau hinsieht, wer die treibenden Kräfte in den einzelnen Kommunen sind, stellt man fest, dass Jugendliche selten anzutreffen sind. Vergreist die Partnerschaftsbewegung? Partnerschaften haben für viele ein verstaubtes Image, haben etwas folkloristisches an sich, das nicht mehr in die heutige Zeit passt.



Tatsächlich stellt sich die Frage: Braucht man heute noch Partnerschaften, um fremde Städte und Kontinente kennenzulernen? Haben Tourismus und Internet nicht längst eine Globalisierung hergestellt, in deren Kontext Städtepartnerschaften wie „Pferdefuhrwerke neben Düsenjets“ wirken? Für die Zukunft der Partnerschaftsbewegung wird es darauf ankommen, auf solche Fragen überzeugende Antworten zu geben.

Tatsächlich stellt sich die Frage: Braucht man heute noch Partnerschaften, um fremde Städte und Kontinente kennenzulernen? Haben Tourismus und Internet nicht längst eine Globalisierung hergestellt, in deren Kontext Städtepartnerschaften wie „Pferdefuhrwerke neben Düsenjets“ wirken? Für die Zukunft der Partnerschaftsbewegung wird es darauf ankommen, auf solche Fragen überzeugende Antworten zu geben.

JUGEND HEREINHOLEN

Dies ist sicherlich nicht ganz einfach - aber auch keine unlösbare Aufgabe. Im Hinblick auf stärkere Einbindung von Jugendlichen in die kommunale Partnerschaftsarbeit muss vor allem deutlich gemacht werden, dass kommunale Partnerschaften etwas zu bieten haben, was auf die Probleme, Sorgen und Fragestellungen der Jugendlichen eingeht. Als Beispiel sei hier nur auf den Fremdspracherwerb sowie die Aus- und Fortbildung hingewiesen.

Im Zeitalter der Europäisierung und Globalisierung wird es für Jugendliche immer wichtiger, Fremdsprachen zu beherrschen und sich auch mühelos in verschiedenen Kulturen zu bewegen. Wer könnte hier ein besseres Angebot machen als die kommunalen Partnerschaften? Diese sind ein verlässliches Netzwerk, auf dessen Basis Schüler, Lehrlinge und Betriebe Fremdsprachen-Austausch und Berufspraktika organisieren können.

Städte- und Gemeindepartnerschaften

Foto: Stadt Mülheim/Ruhr



◀ *Projektarbeit mit Jugendlichen - hier in Mülheim/Ruhr - prägt immer mehr das Gesicht von Städtepartnerschaften*

Warum sollten Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, Gewalt an Schulen oder Probleme einer alternden Gesellschaft nicht auch Thema der Städtepartner sein? Die Partnerschaft bietet allen die Chance, zu aktuellen Themen einen Blick über den „Gartenzaun“ zu werfen, andere Sicht- und Herangehensweisen kennenzulernen und damit unmittelbar an einem Prozess teilzunehmen, der unter dem Stichwort „Globalisierung“ ansonsten für die meisten Menschen inhaltsleer oder zumindest vage bleibt.

Zu guter Letzt müssen die in der Partnerschaftsbewegung Aktiven auch mehr für die Öffentlichkeitsarbeit tun. Dieser Bereich ist in der Vergangenheit sträflich vernach-

lässigt worden – mit der Folge, dass die Städtepartnerschaftsarbeit in vielen Kommunen ein Schattendasein führt, was das Wissen der eigenen Bevölkerung über die bestehenden Partnerschaften angeht.

Das alte Sprichwort „Tue Gutes und rede darüber“ ist unter den Bedingungen einer Mediengesellschaft aktueller denn je. Man muss ja nicht gleich zum „Marktschreier in Sachen Städtepartnerschaft“ werden, aber etwas weniger Bescheidenheit als heute üblich würde der Städtepartnerschaftsbewegung und ihrem Anliegen nicht schaden.

Die Städtepartnerschaftsbewegung hat sich weder überlebt, noch muss sie mit allerlei Tricks und Hilfsmitteln künstlich am Leben erhalten werden. Sie hat Potentiale und passt mehr denn je in eine Zeit, in der zur „Leitkultur“ erhoben wird, was die Städtepartnerschaftsbewegung seit 50 Jahren pflegt. ●

bieten über das gesellschaftliche Netz, das sie durch die Einbindung der Bürger bilden, mehr als nur einen Sprach- oder Ausbildungsaufenthalt. Sie gewährleisten das Eintauchen in die jeweilige Gesellschaft mit den damit verbundenen kulturellen Lernprozessen. Davon profitieren wiederum Firmen, die Mitarbeiter suchen, die den neuen Herausforderungen gewachsen sind.

Abgesehen von der stärkeren Anpassung der Partnerschaftsarbeit an Themen, die Jugendliche interessieren, ist ebenso darauf hinzuwirken, Jugendliche stärker in die konzeptionelle Partnerschaftsarbeit einzubeziehen. Junge Menschen sollten nicht nur als „Konsumenten“ von Programmen und Projekten der kommunalen Partnerschaftsarbeit angesehen werden, sondern auch als Initiatoren und Mitgestalter.

■ THEMEN DER ZEIT

Eine andere Überlegung, der Städtepartnerschaftsarbeit mehr Aufmerksamkeit zu verleihen, besteht darin, sie stärker mit aktuellen Themen und Problemen in Verbindung zu bringen. Heute herrscht durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien und durch „Globalisierung“ ein allgemeiner Trend zur Vernetzung und Internationalisierung auch lokaler Lebensverhältnisse. Dem müsste die kommunale Partnerschaftsarbeit eigentlich zuarbeiten, da Vernetzung und Internationalisierung schon immer ihre Themen waren und auch heute noch sind.



NUSSER
Bänke für's Leben

Po-Ebene



Die erste Wahl für Parkanlagen.
Die Sitzbank Halle, ein Fest für's Auge ...
und für andere Körperteile.

Fordern Sie unseren Katalog an:

JWS Nusser GmbH & Co. KG
Postfach 340, 71351 Winnenden
Silberpappelstr. 2, 71364 Winnenden
Tel.: 07195/693-113
Fax: 07195/693-177

www.nusser.de verkauf@nusser.de

Mehr als 6.000 Kontakte deutscher Kommunen

Der Schwerpunkt der Auslandsbeziehungen nordrhein-westfälischer Städte und Gemeinden liegt in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden

Deutsche Städte und Gemeinden unterhalten 5.747 städtepartnerschaftliche Beziehungen in 87 Ländern der Welt. Hinzu kommen 384 Regionalpartnerschaften von Landkreisen. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) vor drei Jahren unter deutschen Städten und Gemeinden und mit Hilfe des Deutschen Landkreistages unter deutschen Landkreisen durchgeführt hat.

DIE AUTOREN

Barbara Baltsch ist freie Journalistin in Kerpen, **Walter Leitermann** stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des RGRE in Köln

Die Umfrage ist die umfassendste ihrer Art. Erstmals wurden 7.500 Städte und Gemeinden mit 1.000 und mehr Einwohnern nach ihren städtepartnerschaftlichen Beziehungen befragt. Mit 62 Prozent Rücklauf war die Teilnahme so groß wie nie zuvor.

Von den 4.742 Städten und Gemeinden, die sich an der Umfrage beteiligten, meldeten 2.791 Städte und Gemeinden Partnerschaften, Freundschaften oder Kontakte.

te. 1.951 Kommunen gaben an, noch keine partnerschaftlichen Auslandskontakte zu haben. Von den Kreisen meldeten 184 kommunale Partnerschaften. Damit pflegen etwa 38 Prozent der rund 7.500 Städte und Gemeinden mit 1.000 und mehr Einwohnern sowie rund 57 Prozent der deutschen Kreise kommunale Beziehungen ins Ausland.

SCHWERPUNKT EUROPA

Der Schwerpunkt der kommunalen Auslandsbeziehungen deutscher Städte und Gemeinden liegt mit nahezu 92 Prozent in Europa. Dahinter folgen Amerika mit 3,6 Prozent und Asien inklusive Israel mit 3,3 Prozent sowie - mit deutlichem Abstand - Afrika mit 1,2 Prozent. Durch die Städtepartnerschaft zwischen dem bayerischen Nördlingen und der australischen Stadt Wagga Wagga deckt die deutsche kommunale Partnerschaftsbewegung nunmehr alle fünf Kontinente ab.

Mit 2.115 Städtepartnerschaften, Freundschaften und Kontakte bestehen die meisten kommunalen Auslandsbeziehungen in Richtung Frankreich. Sie machen 37,5 Prozent aller europäischen Partnerschaften und 35 Prozent aller weltweiten Partnerschaften aus. Mit deutlichen Abstand - bei einer Gesamtzahl von 525 Kommunalpartnerschaften - folgen die deutsch-britischen Verbindungen.

An dritter Stelle liegen die deutsch-polnischen Partnerschaften, die sich in den vergangenen Jahren vervielfacht haben. Mit 406 kommunalen Verbindungen ist Polen damit wichtigstes Partnerland in Osteuropa. Dahinter rangieren Ungarn mit 294, Tschechien mit 224 und Russland mit 131 Verbindungen.

PARTNER IN DER WELT

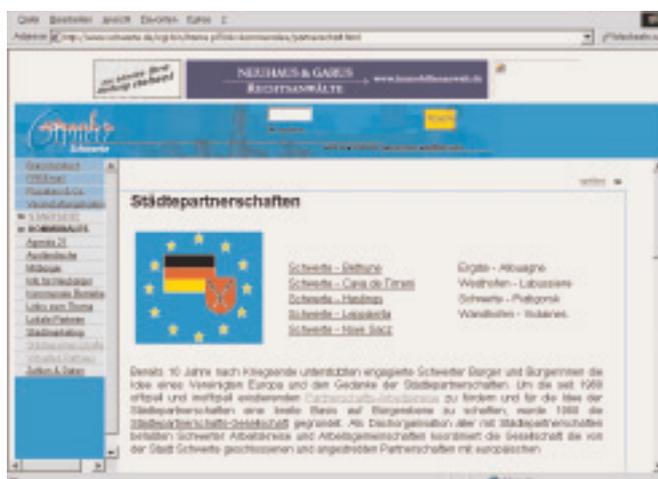
Die wichtigsten Partnerländer deutscher Kommunen außerhalb Europas sind die USA und Israel. Zu den USA bestehen 159, zu Israel 97 Verbindungen. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen bilden mit 72 Prozent auch den Schwerpunkt der Beziehungen zum gesamten amerikanischen Kontinent. Mit 30 Partnerschaften gibt es aber auch eine relativ hohe Zahl von deutsch-nicaraguanischen Beziehungen auf kommunaler Ebene, die überwiegend in den 1980-er Jahren geknüpft worden sind.

In Asien - Israel ausgenommen - sind vor allem Japan mit 55 und China mit 29 Verbindungen die Haupt-Partnerländer deutscher Kommunen. Diese beiden Länder decken rund 41 Prozent der kommunalen Partnerschaftsbeziehungen in Asien ab. Auf dem afrikanischen Kontinent sind Ruanda mit 29 Beziehungen und Burkina Faso mit zwölf Verbindungen die wichtigsten Partnerländer. Sie machen rund 45 Prozent aller deutsch-afrikanischen Beziehungen aus.

Die vergleichsweise hohe Zahl von Partnerschaften in Ruanda erklärt sich aus der Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit Ruanda, die entsprechende Städtepartnerschaften nach sich zog. Die zwölf Partnerschaften mit Burkina Faso gehen zum Teil auf die 1970-er Jahre zurück. Damals bemühte sich die deutsche Botschaft in Burkina Faso verstärkt um die Gründung von Städtepartnerschaften.

Mehr als die Hälfte der deutschen Städte und Gemeinden begnügen sich mit einer Partnerschaft. Ein Drittel unterhält bis zu vier kommunale Verbindungen. Es gibt aber auch Städte mit einer Vielzahl von Partner-

Wie die Stadt Schwerte stellen auch viele andere Kommunen im Internet ihre Städtepartnerschaften vor



kommunen. Spitzenreiter ist die Stadt Köln mit 47 Partnerschaften, Freundschaften und Kontakten (einschließlich Stadtteil-Partnerschaften). Aber auch Duisburg mit 18, Kiel mit 16 und Darmstadt mit 15 Partnerstädten sind äußerst aktiv in der Partnerschaftsarbeit. In den neuen Ländern haben die Städte Rostock und Gera mit je elf Partnerstädten die meisten Auslandsverbindungen.

Die russische Stadt Kaliningrad stößt bei deutschen Kommunen auf besonders großes Interesse. Sieben deutsche Kommunen unterhalten städtepartnerschaftliche Beziehungen zum früheren Königsberg. Es ist damit die Stadt mit den meisten kommunalen Verbindungen nach Deutschland. An zweiter Stelle folgt St. Petersburg mit fünf deutschen Partnerkommunen.

NRW-KOMMUNEN AKTIV

Im Vergleich der Bundesländer liegt Baden-Württemberg mit insgesamt 1.133 kommunalen Auslandsbeziehungen vor Bayern, deren Kommunen 1.011 Partnerschaften, Freundschaften und Kontakte ins Ausland unterhalten. Nordrhein-Westfalen folgt mit 865 kommunalen Verbindungen an dritter Stelle. Dabei ist zu berücksichtigen, dass NRW nur 396 Städte und Gemeinden hat, während beispielsweise Baden-Württemberg 1.111 Städte und Gemeinden zählt.

Von 358 Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebundes NRW gaben bei der Umfrage 281 Städte und Gemeinden an, kommunale Beziehungen ins Ausland zu unterhalten. Die Gesamtzahl der Partnerschaften, Freundschaften und Kontakte liegt nach aktuellem Stand (Anfang 2001) bei 561. Insgesamt bestehen Auslandsbeziehungen zu Kommunen in 38 Staaten der Erde.

Wie im Bund dominieren auch in NRW die deutsch-französischen Verbindungen. Allein die Mitgliedskommunen des StGB NRW haben 200 kommunale Beziehungen in Richtung Frankreich. Dahinter rangieren 88 deutsch-britische Beziehungen. Drittwichtigstes Partnerland sind die Niederlande. Zum angrenzenden Nachbarn bestehen 69 Verbindungen. Dahinter folgt Polen mit 41 Partnerschaften, Freundschaften und

Kontakten. Wichtige Partnerländer sind ferner Belgien mit 30, Ungarn mit 15, Österreich mit 14, die USA mit zwölf und Israel mit elf Verbindungen.

KONTAKT ZU ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Aber auch zu den Entwicklungsländern haben die kleinen und mittleren Städte und Gemeinden in NRW in den vergangenen Jahren verstärkt Kontakte geknüpft. Deutsch-nicaraguanische Partnerschaften schlossen Dorsten und Wasala, Moers und La Trinidad sowie Waltrop und San Miguelito. Freundschaften in Nicaragua pflegen Löhne mit der Region

Condega sowie Sprockhövel mit Dario. Offiziell verschwistert sind außerdem Hürth und Kabernet in Kenia sowie Würselen und Reo in Burkina Faso. Rheda-Wiedenbrück



pflegt gleich zwei Freundschaften in Togo: mit Adjengre und Aouda.

Während die meisten Mitgliedskommunen des StGB NRW ein bis drei Partnerkommunen haben, unterhalten einige vier und mehr Partnerschaften. Die meisten haben die Städte Schwerte und Soest. Schwerte unterhält neun Partnerschaften zu Kommunen in Frankreich, Großbritannien, Finnland, Italien, Polen und Russland. Soest pflegt neun kommunale Auslandsbeziehungen in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Schweden, Polen, Ungarn und Lettland.

Jeweils acht kommunale Auslandsverbindungen unterhalten die Städte Bergisch Gladbach und Menden im Sauerland. Mit sieben Partnerschaften, Freundschaften und Kontakten sind die Städte Dorsten und Rheine überdurchschnittlich in der Partnerschaftsarbeit aktiv. Dahinter folgen Paderborn und Ratingen mit jeweils sechs kommunalen Auslandsbeziehungen sowie Beverungen, Hürth, Moers und Siegburg mit jeweils fünf Partnerschaften.

ERSTES „ROLLENDES RATHAUS“ IN DEUTSCHLAND

In der Stadt Rheinberg hat Anfang Februar das erste „Rollende Rathaus“ Deutschlands seinen Dienst aufgenommen - Anlass zur Freude für Codezernent **Jürgen van Impel**, Bürgermeisterin **Ute Schreyer** und Hauptamts-Mitarbeiterin **Anja Middeldorf** (v.links). Einmal wöchentlich können BürgerInnen sämtlicher Ortsteile in dem **Stadtmobil** (Foto) städtische Leistungen in Anspruch nehmen. Das Angebot umfasst die klassischen Tätigkeiten des Meldeamtes wie Änderung von Lohnsteuerkarten, Anmeldung nach Umzug sowie Pass- und Führerschein-Angelegenheiten. Wenig aufwendige Tätigkeiten anderer Ämter wie Verkauf von Müllsäcken und Eintrittskarten, Ausgabe von Info-Material und allgemeine Hilfestellung zu Fragen der Verwaltung gehören ebenso dazu. Das Angebot soll Zug um Zug erweitert werden, um möglichst rasch ein mobiles Bürgerbüro anbieten zu können.

Die beiden Arbeitsplätze im Stadtmobil sind mit Computer, Drucker, einer Mobilfunk-Telefonanlage sowie mit ei-



Foto: Stadt Rheinberg

nem Lastschrift-Terminal für Einzahlungen ausgestattet. Die PC's greifen über Mobilfunk auf den Server des kommunalen Rechenzentrums und damit auf die städtischen Daten zu. Das rege Interesse anderer Kommunen am Rheinberger Stadtmobil macht deutlich, dass ein mobiles Bürgerbüro auch andernorts als Instrument zur Herstellung echter Bürgernähe angesehen wird. Weitere Informationen unter www.rheinberg.de.



Foto: Stadt Geilenkirchen

Geld aus Brüssel führt Partner zusammen

Die Europäische Union fördert im Rahmen ihres Städtepartnerschaftsfonds sowie mittels zahlreicher Aktionsprogramme die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Kommunen

Kommunalpartnerschaften - gerade in der Anfangsphase - kosten Geld. Nicht alles lässt sich BürgerInnen und Vereinen aufbürden,

DIE AUTORIN

Sabine Holland-Letz ist Referentin für EU-Förderprogramme bei der Deutschen Sektion des RGRE in Köln

zumal sich der Kreis der Aktiven erst allmählich erweitert. Hier kann die Europäische Union helfen - mit Förderpro-

grammen, die direkt auf Kommunalpartnerschaften abzielen, aber auch indirekt durch Programme, die primär andere Entwicklungsziele verfolgen.

Kommunen, die „europafit“ sind, kennen in der Regel die Aktionsprogramme der Europäischen Kommission. Unterstützt werden Projekte, die den politischen Zielen der EU entsprechen - zum Beispiel in den Bereichen Umweltschutz, Chancengleichheit oder Kultur. Aktionsprogramme sind jedoch nicht geeignet, Engpässe im städtischen

Haushalt auszugleichen. Diese EU-Gelder dürfen nicht für Pflichtaufgaben verwendet werden, die sowieso aus dem städtischen Haushalt finanziert werden müssten.

Projekte aus solchen Programmen sind eher die „Kür“. Sie müssen einen innovativen Charakter und einen europäischen Mehrwert aufweisen. Also sollten die Projekt-Ergebnisse nicht nur örtlich Nutzen bringen, sondern auch auf andere Kommunen in Europa zu übertragen sein. Deswegen ist die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen aus Europa Grundvoraussetzung für diese Aktionsprogramme.

Außer der finanziellen Unterstützung versprechen sich viele Kommunen einen Image-Gewinn durch internationale Projekt-Zusammenarbeit. Kommunale Mitarbeiter haben die Möglichkeit, ihr Fachwissen mit Experten aus anderen Ländern abzugleichen. Sie suchen gemeinsam Lösungen für ähnliche Probleme und bringen neue Impulse in die Verwaltung.

STÄDTEPARTNERSCHAFTSFOND

In puncto Kommunalrelevanz steht der Städtepartnerschaftsfonds der EU an erster Stelle. Die Europäische Union fördert Aus-

◀ Viel Geld hält der EU-Städtepartnerschaftsfonds für Begegnungen von Kommunen bereit - allerdings nicht für bloße Feiern

tauschprogramme zwischen BürgerInnen aus verschwisterten Städten und Gemeinden oder aus Kommunen, die eine Partnerschaft anstreben. Partnerschaften von Kreisen sind nicht förderfähig.

Finanziert werden Veranstaltungs- und Beförderungskosten. Der EU-Zuschuss beträgt höchstens 50.000 Euro und mindestens 1.000 Euro. Die Hälfte der Projektkosten müssen die Städte und Gemeinden selbst aufbringen. Anders als früher wird heute Wert darauf gelegt, dass das Austauschprogramm einen „hochwertigen“ europäischen Bezug aufweist.

In der Ausschreibung nennt die Europäische Kommission Beispiele: Umweltschutz, Entwicklung der lokalen Wirtschaft oder Kontakte zu Kommunen in EU-Beitrittsländern. Programmpunkte wie Festreden, Besichtigungsfahrten und kulturelle Darbietungen reichen nicht aus.

Experten in der Europäischen Kommission bewerten die Förderanträge nach einem Punktsystem. Besonders viele Punkte erhalten Städte und Gemeinden, die Jugendliche beteiligen, eine neue Partnerschaft vorbereiten oder Kommunen aus EU-Beitrittsländern einbeziehen. Bewertet werden ferner der europäische Inhalt der Zusammenkunft, die Originalität der Aktion oder der Kommunikationsmittel.

Vorrangig unterstützt werden Begegnungen von kleinen Kommunen sowie von Kommunen, die weite Entfernungen überbrücken müssen. Für den Antrag der Fördermittel 2001 gibt es zwei Fristen: 9. März 2001 für Aktionen zwischen dem 1. Mai und dem 30. September in diesem Jahr sowie 10. August 2001 für Aktionen zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember.

WEITERE PROGRAMME

Die meisten Aktionsprogramme richten sich nicht direkt an Kommunen, sondern an einen größeren Bewerberkreis, zu dem außer Städten und Gemeinden auch Unternehmen, Verbände und andere Organisationen zählen. Weil aber eine Grundbedingung für die Teilnahme an EU-Programmen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von EU-Partnern ist, haben viele Kommunen einen Wettbewerbsvorteil. Sie müssen

verlässliche Partner nicht erst suchen, sondern können auf bestehende Partnerschaften zurückgreifen.

Viele Städte und Gemeinden schrecken dennoch vor einer Teilnahme an EU-Programmen zurück. Als Grund werden meist die verschlungenen Antragswege und der bürokratische Aufwand genannt. Nicht jede kleine Kommune hat die personellen Ressourcen und das Know-how, ein Forschungsprojekt oder ein aufwändiges Umweltvorhaben zu initiieren. Jedoch können sich kleine Gemeinden einer Region zusammenschließen oder sich anderswo einen Partner suchen. Hochschulen, Unternehmen oder Verbände bieten sich an.

„EU-Anfängern“ ist zu empfehlen, zunächst ein kleines Programm anzupacken, bei dem sich der Verwaltungsaufwand in Grenzen hält. Im Rahmen des Programms „Jugend“ werden beispielsweise Austauschprojekte von Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren unterstützt. „Comenius“ fördert Schulpartnerschaften und „Takis City Twinning“ fördert die kommunale Zusammenarbeit von Kommunen aus Europa und aus den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS).

TIPPS ZUR ANTRAGSTELLUNG

EU-Programme sollten nicht um jeden Preis durchgeführt werden, sondern nur dann, wenn ein echtes Interesse an den Projekt-Inhalten besteht. Schließlich müssen die Projekte ko-finanziert werden. Zu bedenken sind die kurzen Fristen. Meist bleiben nach der Ausschreibung nur zwei bis drei Monate, um eine Projektidee zu entwickeln, Partner zu finden und einen Antrag zu stellen.

Besser ist es, sich bereits im Vorfeld zu erkundigen, was gefördert wird, und rechtzeitig ein Projekt zu entwickeln. Steht die Ausschreibung dann im Amtsblatt der EU, hat man einen Wettbewerbsvorteil. Es empfiehlt sich, nicht starr an der Projektidee festzuhalten, sondern diese flexibel an die Programm-Kriterien anzupassen.

Auch etwas „Europalyrik“ kann nicht schaden. Also ohne falsche Scheu die politischen Ziele und die entsprechenden Schlagwörter der EU-Kommission aufgreifen, wenn man den Antrag formuliert. Die geplante Maßnahme muss jedoch konkret und verständlich beschrieben sein.

Niemand in der EU-Verwaltung wird zum Telefonhörer greifen und noch einmal nachfragen. Daher sollte man sich penibel an die formalen Vorgaben aus Brüssel halten. Es lohnt sich, zu hinterfragen, ob eine spezielle Projektidee überhaupt in das Programm passt. Zu vielen EU-Programmen gibt es nationale Kontaktstellen, die eine Projektidee auf „Antragstauglichkeit“ überprüfen.

Unterstützung bietet auch der Rat der

Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), der seine Mitglieder rund um die EU-Förderprogramme berät. Von dort wird man über aktuelle Ausschreibungen auf dem Laufenden gehalten.

KONTAKT RGRE Deutsche Sektion
Sabine Holland-Letz
Tel. 0221-3771-309
e-Mail: Sabine.Holland-Letz@staedtetag.de
Internet: www.rgre.de



Rund 70 Abgeordnete, Bürgermeister und kommunale Führungskräfte trafen sich Mitte Februar zum traditionellen parlamentarischen Abend des Städte- und Gemeindebundes NRW in Düsseldorf. In den Räumen des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (Foto) nutzten sie nach der Landtagssitzung die Gelegenheit zum Meinungsaustausch - so etwa StGB NRW-Präsident **Albert Leifert** (li.) und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion **Dr. Axel Horstmann**. In seiner Grußansprache betonte Leifert, es gebe „keine politische Entscheidung ohne Auswirkungen auf die Kommunen“. Daher wünschten sich Städte und Gemeinden „starke kommunalpolitische Fraktionen und Fachleute“ im Parlament. Er appellierte an die Abgeordneten, sich der Kontrollfunktion der Länder auf Bundesebene bewusst zu sein und über den Bundesrat Einfluss zu nehmen, dass sämtliche Be-

schlüsse im kommunalpolitischen Interesse gefällt würden.

Leifert ging auf einzelne Problemfelder der kommunalen Szene ein. So müsse endlich der „Sanierungsstau“ bei den Schulen beseitigt werden. Es dürften aber nicht die - vorwiegend kreisangehörigen - Kommunen benachteiligt werden, die ihre Schulen bisher in gutem Zustand erhalten hätten. Auch in der Gemeindeordnung mahnte der Präsident einige Verbesserungen an - etwa eine klare Abgrenzung der Kompetenzen von Rat und Verwaltung. Ebenso müsse die Amtszeit der hauptamtlichen Bürgermeister von der Rats-Wahlperiode entkoppelt werden. Leifert forderte eine Reform der Gemeindeprüfung, bei der die Unabhängigkeit der Prüfer besser gewährleistet sei und wirtschaftliche Aspekte stärker berücksichtigt würden. (mle)

Vereine als Motor der Partnerschaft

Ohne aktive Mithilfe der organisierten Bürgerschaft könnten sich Kommunal-Partnerschaften nicht entfalten, wie das Beispiel der Stadt Rheine zeigt

Partnerschaften entwickeln sich meist dann am besten, wenn es aktive Partnerschaftsvereine oder Partnerschaftskomitees gibt,

DER AUTOR

Herbert Henneke ist Vorsitzender des Partnerschaftskomitees der Stadt Rheine

die mit Rat und Verwaltung zusammenarbeiten. Die Initiative zur ersten Partnerschaft der Stadt Rheine mit der niederländischen

Gemeinde Borne ging beispielsweise vom Rat aus. Auf dessen Beschluss wurde ein Komitee gebildet, welches sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen der Stadt Rheine - Mittelstandsvereinigung, Banken, Gewerkschaften, Kirchen, Sportvereinen, Feuerwehr, Polizei, Schulen - zusammensetzte.

Von Anfang an hat die Politik das Ziel vorgegeben, die Begegnung von Bürgern in den Vordergrund zu stellen. Man wollte „Rathhaustourismus“ auf der Ebene des Bürgermeisters und der Fraktionsvorsitzenden vermeiden. Zur offiziellen Partnerschaft mit

der Gemeinde Borne kam es im Jahre 1983. In Borne wurde wie in Rheine ein Partnerschaftskomitee gebildet. Damit war ein Ansprechpartner im ehrenamtlichen Bereich in der Partnerstadt vorhanden.

Durch die Öffnung der innerdeutschen Grenze kam es 1990 zu einer weiteren Partnerschaft mit der Stadt Bernburg in Sachsen-Anhalt. Hier wurde insbesondere Hilfestellungen beim Aufbau von Verwaltungsstrukturen geleistet. 1996 wurden auf Beschluss des Rates zwei weitere Partnerschaften geschlossen: mit der litauischen Stadt Trakai und mit der Stadt Leiria in Portugal.

■ PARTNERHILFE IM OSTEN

Freilich haben Partnerschaften im Westen eine andere Qualität als solche im Osten. Während sich im Westen die Partnerschaften auf Begegnung von Bürgern auf sportlicher oder kultureller Ebene konzentrieren, war im Osten durch den Zusammenbruch des Sozialismus Hilfe für die Not leidende Bevölkerung angesagt.

In Rheine führten die Kirchengemeinden die ersten Hilfstransporte in die osteuropäische Partnerstadt durch. Humanitäre Maßnahmen, wenn sie gezielt und am richtigen Ort stattfinden, sind zu begrüßen. Aber sie lösen keine Probleme, sondern können be-

stenfalls die vorhandene Not lindern.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat man in Rheine begonnen, Projekte unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu fördern. Erstes Vorhaben dieser Art war der Bau eines Jugendbegegnungszentrums in Trakai. Die Kirchengemeinde St. Marien in Rheine hatte inzwischen eine kirchliche Partnerschaft mit der Kirchengemeinde St. Marien in Trakai etabliert.

■ GELD VOM KOMITEE

Das Partnerschaftskomitee Rheine leistete zur Finanzierung des Jugendbegegnungszentrums ebenfalls einen Beitrag. Hierbei wurde das Komitee von den Partnerstädten Borne und Bernburg unterstützt, obwohl zwischen diesen und Trakai keine Partnerschaft bestand.

Die Aktiven in Rheine haben die litauischen Partner gefragt: Wo können wir Euch helfen, was können wir für Euch tun? Die Beratungen über ein neues Projekt wurden gemeinsam mit Borne, Bernburg und Trakai geführt. In den Gesprächen wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass bei den Projekten Folgekosten entstehen, die sie selber zu tragen hätten.

Heraus kam das Projekt eines Altenbegegnungszentrums, das mit einem Budget von mehr als 300.000 DM errichtet worden ist. Dieses Haus gilt in ganz Litauen als Pilotprojekt und besitzt Vorzeigecharakter.

Doch damit nicht genug. Als nächstes wird im Frühjahr 2001 eine Behindertenwerkstatt eröffnet, welche auch in Zusammenarbeit der Partnerstädte Rheine, Borne, Bernburg und Trakai errichtet worden ist.

■ UMWANDLUNG IN VEREIN

Bedingt durch die Not in Osteuropa hatten sich in Rheine überwiegend auf kirchlicher Ebene Gruppen gebildet, die alle humanitäre Hilfe leisten wollten. Auf der anderen Seite hatten sich die Aufgaben des Partnerschaftskomitees so erweitert, dass es schwierig wurde, auf rein ehrenamtlicher Basis effektiv zu arbeiten.

Aus dieser Erkenntnis heraus wurde in Rheine ein Partnerschaftsverein gegründet. Bürger der Stadt Rheine, die passiv die Partnerschaften unterstützen, haben nun die



Fotos: Stadt Rheine

◀ Das von der Stadt Rheine und ihren Partnerstädten erstellte Altenbegegnungszentrum in Trakai gilt als Pilotprojekt in Litauen



Nicht nur alte Menschen nutzen die Möglichkeiten zur Unterhaltung im Trakaier Begegnungszentrum

Möglichkeit, sich durch ihre Mitgliedschaft im Verein einzubringen.

Als eingetragener Verein kann das Komitee abzugsfähige Spendenquittungen für das Finanzamt ausstellen. Des Weiteren bemüht sich der Vorstand, die Hilfstransporte zu koordinieren, was sehr schwierig ist. Ein weiterer Vorteil des Vereins liegt darin, durch den Mitgliedsbeitrag von 1 Euro pro Monat - neben den vom Rat der Stadt Rheine zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln - Geld zweckgebunden für partnerschaftliche Projekte einsetzen zu können.

Neben dem Partnerschaftsverein gibt es in Rheine verschiedene kirchliche Gruppen, das DRK und den Verein für Osteuropahilfe. Deren Schwerpunkt liegt im Bereich der humanitären Hilfe. Daneben wirken noch der „Deutsch-Portugiesische Freundeskreis“ und das Partnerschaftskomitee. Alle sind aber eingebunden in den Partnerschaftsverein.

Um eine gute und für alle sichtbare Partnerschaftsarbeit zu leisten, sind folgende Voraussetzungen zu schaffen:

- Die Verwaltung muss Sorge tragen, dass die Partnerschaftsvereine oder -komitees die erforderliche Unterstützung erfahren - auf materieller wie auch auf informeller Basis -, damit das ehrenamtliche Engagement mit Überzeugung und Freude geleistet wird.
 - Bei sämtlichen Projekten muss eine Identifikation mit der Partnerstadt, in der das Projekt durchgeführt wird, vorliegen.
 - Ohne finanzielle Einbindung der Kommune und den Hinweis auf die Konsequenzen von Unterhalt und Folgekosten sind solche Investitionen zum Scheitern verurteilt. Es müssen die Bürger eingebunden werden.
- In Rheine wird das bürgerschaftliche Engagement durch Bürgerbegegnungen, Seniorentreffen, kulturelle Veranstaltungen, Treffen der Partnerschaftskomitees und durch Partner-

schaftstage gefördert. Alle zwei Jahre finden mehrtägige Seminare mit TeilnehmerInnen sämtlicher Partnerstädte von Rheine statt.

Dies fördert den persönlichen Kontakt. Es dient neben der Behandlung von europäischen und auf die Partnerschaft bezogenen Themen auch zum besseren Kennenlernen und trägt zum Abbau von Vorurteilen bei.

■ INTENSIVE JUGENDARBEIT

Als hervorragendes Instrument der partnerschaftlichen Zusammenarbeit hat sich der Austausch von Jugendbotschaften erwiesen. Hier wird jungen Leuten die Möglichkeit geboten, für rund sechs Wochen eine der Partnerstädte zu besuchen. Neben dem Kennenlernen von Land und Leuten sollen die Jugendlichen ein vorgegebenes Thema ausarbeiten - beispielsweise im Jahr der Senioren ein Seniorenthema.

Aufgrund der räumlichen Nähe findet ein Austausch von Schülern aus Rheine und Borne einmal im Jahr statt. Nach dem gemeinsamen Unterricht werden die Schüler mit in die Familien genommen. Parallel dazu wird den Eltern ein Begleitprogramm angeboten. All diese Aktivitäten - egal ob bei Vereinen und Organisationen oder auf der Ebene von Sport und Kultur - haben in den Partnerstädten persönliche Freundschaften entstehen lassen, die zu reinen Selbstläufern geworden sind.

■ EUROPAAWEITE ANERKENNUNG

Darin liegt der Sinn von Städtepartnerschaften. Auf europäischer Ebene hat sich die Stadt Rheine inzwischen einen Namen gemacht. So wurde ihr 1994 von der CDU/CSU-Europafraktion die „Europamedaille“ verliehen. Für herausragenden Partnerschaftsaktivitäten hat das Bonner Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit (IPZ) der Stadt Rheine 1996 die Europa-Medaille zuerkannt.

Im November 1999 wurde schließlich im spanischen Bilbao dem Partnerschaftsverein der Stadt Rheine der „Europa-Stern“ verliehen. Eine gelebte Partnerschaft kann nur funktionieren, wenn die Ehrenamtlichen, die Verwaltung und die Politik sowie die im Netzwerk verbundenen Partnerstädte zusammenarbeiten. Die Aktiven in Rheine sind überzeugt, durch ihr Engagement einen Beitrag zur Völkerverständigung in Europa geleistet zu haben. ●

NRW-KABINETT IM PADERBORNER COMPUTERMUSEUM

Erster auswärtiger Tagungsort des nordrhein-westfälischen Landeskabinetts in diesem Jahr war die Stadt Paderborn. Nach der Begrüßung durch Bürgermeister **Heinz Paus** (Foto li.) und der Eintragung ins Goldene Buch der Stadt besuchten Ministerpräsident **Wolfgang Clement** (2. v. r.) und seine Minister das weltgrößte Computermuseum. Im Forschungs- und Entwicklungslabor des Heinz Nixdorf MuseumsForums informierten sie sich über neueste Entwicklungen der Halbleitertechnik. Als kompetente Gesprächspartner standen der Vorsitzende der Stiftung Westfalen und der Heinz Nixdorf Stiftung, Dr. Gerhard Schmidt, sowie die Geschäftsführer des Heinz Nixdorf MuseumsForums, Dr. Kurt Beiersdörfer und Nobert Ryska, zur Verfügung. Interessiert zeigten sich Clement und seine Minister auch am Hochschulprofil und den Arbeitsschwerpunkten der Universität-Gesamthochschule Paderborn.



Foto: Heinz Nixdorf-MuseumsForum / Braun



Fotos: Stadt Beckum

Am Anfang stand Verwaltungshilfe

Die Partnerschaft zwischen Beckum in Nordrhein-Westfalen und Heringsdorf in Mecklenburg-Vorpommern ist eine von mehr als 1.000 Verbindungen, die im ersten Jahr nach der Wende zwischen Kommunen in West- und Ostdeutschland geschlossen wurden

Die Heringsdorfer Kaisertage boten im Juli 2000 einen stilvollen Rahmen für die Feier zum zehnjährigen Bestehen der Städtepartnerschaft Beckum-Heringsdorf. Diese war eine von mehr als 1.000 Verbindungen, die im ersten Jahr nach der Wende zwischen

DIE AUTORIN

Mechthild Cappenberg ist Pressesprecherin der Stadt Beckum

Städten, Gemeinden und Kreisen geschlossen wurden. Die spontane Bewegung ließ erkennen, wie stark das Gefühl der Zusammengehörigkeit und die Bereitschaft zu solidarischem Verhalten damals waren.

Nachdem es in Beckum bereits 1986 Bemühungen um eine deutsch-deutsche Städtepartnerschaft gegeben hatte, stand im Januar 1990 fest, dass eine solche Partnerschaft begründet werden sollte. Verwandtschaftliche Beziehungen eines Beckumer Ehepaares nach Heringsdorf führten zu einer ersten Kontaktaufnahme mit dem Seebad. So wurden frühzeitig die Verbindungen mit der kleinen Gemeinde auf der Insel Usedom in Mecklenburg-Vorpommern geknüpft - und nicht mit einer Gemeinde in Brandenburg, dem Partnerland von Nordrhein-Westfalen.

MATERIELLE HILFE

Zu Beginn war vor allem direkte materielle Hilfe notwendig. Ein Kopiergerät, eine Kehrmaschine und ein Einsatzfahrzeug für die Feuerwehr wechselten gleich zu Beginn der Partnerschaft von Beckum nach Heringsdorf. Im Vordergrund stand in den ersten Monaten auch personelle Verwaltungshilfe.

◀ Symbol für erfolgreichen Neubeginn: die 1995 wieder aufgebaute Kaiser-Wilhelm-Brücke in Beckums Partnerstadt Heringsdorf

Aus allen Bereichen der Verwaltung unterstützten Mitarbeiter aus Beckum für einige Wochen ihre Kollegen in Heringsdorf und gaben praktische Anleitung bei der Bewältigung des Alltags. Für die Heringsdorfer Verwaltungsmitarbeiter wurden mehrwöchige Praktika im Beckumer Rathaus organisiert. Der neuen Verwaltung fehlten Büromaterial und -einrichtung, Kopiergeräte, Gesetzestexte, Formulare und vieles mehr.

Daneben prägten spontane Hilfe von Beckumer Bürgern, Betrieben sowie intensive Kontakte zwischen den Krankenhäusern die erste Phase dieser Freundschaft. Bürgerschaftliche Initiativen bildeten sich zur Verbesserung der Lebenssituation Behinderteter und für die Ausrüstung der Feuerwehr.

Der erste Eindruck sei gewesen „Da muss noch viel getan werden“, erinnert sich Beckums Bürgermeister Peter Ebell. Heute jedoch gehöre Heringsdorf nach einer rasanten und erfolgreichen Entwicklung gegenüber 1990 „zu den schönsten deutschen Ostseebädern“. Anteil daran hatte auch Peter Martellock, der nach der ersten freien Kommunalwahl im Mai 1990 zum ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt worden war.

ZUR SACHE

ZIELE DER PARTNERSCHAFT

AUSZUG AUS DER PARTNERSCHAFTSURKUNDE

- Begegnungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern fördern
- für ein friedliches Leben in einem vereinten Deutschland wirken
- gegenseitiges Vertrauen schaffen
- freundschaftliche Verbindungen herstellen
- einen Dialog auf kommunaler Ebene führen
- die Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Einrichtungen, Kirchen und gesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Verbänden fördern
- konkrete Maßnahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Handel, Handwerk, Industrie und Tourismus anstreben
- rege Kontakte in Kultur und Sport aufbauen und pflegen
- gegenseitigen Besuch von Jugendgruppen und Schülern unterstützen

■ GLÜCKSRITTER FERN HALTEN

So beeindruckend die Entwicklung des Kaiserbades verlief, so groß sei auch der Dank, den man den Beckumern für ihre Hilfe schulde, bekennt Heringsdorfs heutiger Bürgermeister Hans-Jürgen Merkle. Die Verwaltungshilfe, die man gleich nach der Wende bekam, habe Gutes bewirkt und „viele Glücksritter von der Gemeinde fern gehalten“.

Selbst dass er heute Bürgermeister sei, hätten die Beckumer „mitverschuldet“, blickt Hans-Jürgen Merkle zurück. Die Partner aus dem Westfälischen halfen damals, die Bewerbungsunterlagen zu sichten, und hatten an Merkles Papiere drei Kreuze gemacht. Dies bedeutete soviel wie „zum Vorstellungsgespräch einladen“.

Am 1. März 1991 trat Merkle seinen Dienst an. Der Wiederaufbau der Heringsdorfer Seebrücke, der Kaiser-Wilhelm-Brücke von 1895, war eines seiner Ziele. So entstand bis 1995 die neue Seebrücke in Heringsdorf - ein imponierendes Bauwerk aus Stahl, Holz und Glas, die längste Seebrücke Kontinentaleuropas, dazu am Ufer eine elegante Passage mit 22 Geschäften und 19 Ferienwohnungen. Der Steg führt 508 Meter hinaus ins offene Meer. Auf halbem Weg liegt eine quadratische Plattform mit Bewirtung und Raum für Kleinkunst und Konzerte.

Dank des Engagements einer früheren Heringsdorfer Familie hat der Badeort sein Wahrzeichen wieder - 27 Millionen Mark teuer und einzigartig in Deutschland. An der Grenze zwischen Heringsdorf und Ahlbeck wuchs kurz darauf ein neues Projekt: die 5.000 Quadratmeter große Ostsee-Therme für 35 Millionen Mark. Die Seebrücke, die Therme, die Spielbank und andere Projekte der Seebäder Ahlbeck, He-

ringsdorf und Bansin (Marketing-Union „Die Kaiserlichen Drei“) sind Bestandteil eines umfangreichen Konzepts.

■ ATTRAKTIVE PARTNERIN

Viele historisch einmalige Prunkstücke klassizistischer Bäderarchitektur erstrahlen nach aufwändiger Renovierung wieder prachtvoll in altem Glanz. Historische Villen sind neu hergerichtet und zu Feriendomizilen ausgebaut worden.

Wegen der wilhelminischen Bäderarchitektur war Heringsdorf einst beliebter Aufenthaltsort der kaiserlichen Familie. Usedom galt als „Badewanne Berlins“. Inzwischen gehören „Die Kaiserlichen Drei“ zu den attraktivsten Reisezielen auf Deutschlands zweitgrößter Insel. Die Beckumer freuen sich mit ihrer attraktiven Partnerin. Die Hilfe der ersten Jahre ist Geschichte.

Ist die Partnerschaft – so wie sie einst geschlossen wurde - überholt? Einig waren sich die Festredner bei der Jubiläumsfeier – unter ihnen Ostvorpommerns Landrat Herbert Kautz und Zbyslaw Bil, Bürgermeister von Grodkow, der polnischen Partnerstadt Beckums -, dass sich deutsch-deutsche Städtepartnerschaften keineswegs überlebt hätten. Gerade der Jugendaustausch sollte fortgesetzt werden, so die einhellige Meinung.

Angestrebt wird die Vernetzung aller Partnerschaften. Auftakt hierzu war ein besonderes Jugendprojekt, das mit Unterstützung des früheren Beckumer Bürgermeisters Bernd Schnell, der auch Vorsitzender des Fördervereins für die deutsch-französische Partnerschaft ist, realisiert wurde.

Jugendliche aus Beckums Partnerstädten Grodkow in Polen, La Celle St. Cloud in Frankreich und Heringsdorf sowie aus Beckum selbst haben ihre Sommerferien

Gleich zu Beginn der Partnerschaft wechselte ein Feuerwehr-Fahrzeug von Beckum nach Heringsdorf



ZUR SACHE

CHRONIK DER PARTNERSCHAFT

Januar 1990 entsteht in Beckum der Wunsch, eine Partnerschaft mit einer Stadt in der DDR zu begründen.

Anfang Februar 1990 besucht eine Delegation aus Beckum die Insel Usedom auf Anregung eines Beckumer Ehepaares, das verwandtschaftliche Beziehungen nach Heringsdorf hat.

Am **13. Februar 1990** beschließt der Rat der Stadt Beckum, eine Partnerschaft mit dem Seebad Heringsdorf einzugehen.

Ende März 1990 folgt der Gegenbesuch aus Heringsdorf.

Die offiziellen Feiern zur Begründung der Städtepartnerschaft finden am **30. April 1990** in Heringsdorf und am **31. August 1990** in Beckum statt.

Bis **Mai 1990** gab es den Bürgerrat mit Bürgermeister Bartel an der Spitze. Das neue Kommunalverfassungsrecht führte am **6. Mai** zur ersten freien Kommunalwahl. Es gab 20 neue Gemeindevertreter, die einstimmig Peter Martellock zum ehrenamtlichen Bürgermeister wählten.

Im **Spätsommer 1990** wurde die Stelle des ersten hauptamtlichen Bürgermeisters ausgeschrieben. Die Gemeindevertretung wählte im Dezember Hans-Jürgen Merkle, der seinen Dienst am **1. März 1991** antrat.

Aktive Förderer der Partnerschaft sind heute neben den Verwaltungen auf bürgerschaftlicher Ebene Andrea Merkle, Ehefrau des Heringsdorfer Bürgermeisters, und Erwin Sadlau, Beckumer Ratsmitglied und Vorsitzender des Fördervereins Beckum-Heringsdorf sowie Heinz Haselhorst, Geschäftsführer des Fördervereins.

gemeinsam auf einem großen Segelschiff in der Ostsee verbracht. Aus diesem Grund überbrachte der polnische Bürgermeister Zbyslaw Bil aus Grodkow anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Partnerschaft Beckum-Heringsdorf ein Segelschiffmodell als Gastgeschenk.

■ NORMALITÄT DES ALLTAGS

Nach den stürmischen Jahren des Umbruchs gewinnt die Partnerschaft an Normalität. Hierzu gehören die regelmäßigen Fahrten des Bürgerbusses aus Beckum zu den Heringsdorfer Kaisertagen und zum Usedomer Musikfestival. BürgerInnen aus Heringsdorf sind alljährlich zu Gast beim Beckumer Stadtfest, den sogenannten Pütt-



Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Partnerschaft Beckum-Heringsdorf überreichte der polnische Bürgermeister Zbyslaw Bil (li.) aus Grodkow ein Segelschiffmodell an seine Amtskollegen Peter Ebell (Mitte) und Hans Jürgen Merkle

Tagen, und Jugendliche aus Heringsdorf nehmen an den mehrtägigen Ferienspieltagen im Beckumer Naherholungsgebiet Phoenix - ein Freizeitgelände in einem renaturierten Steinbruch - teil.

Über die Jahre gewachsene Kontakte werden gepflegt und gefestigt, neue Freundschaften geknüpft. Nicht spektakuläre Aktionen auf offizieller Ebene prägen die Partnerschaft, sondern gelebte bürger-schaftliche Kontakte nach den Zielen der Partnerschaftsurkunde. Die Heringsdorfer schätzen an Beckum die urbane Geselligkeit, das vielfältige Vereinsleben, den traditionellen, Jahrhunderte alten Karneval, kurzum das liebevoll gepflegte Brauchtum im Wechsel der Jahreszeiten, unmittelbar vor den Toren des grünen Münsterlandes. ●

K O M M U N A L P A R T N E R S C H A F T
 Seebad Gemeinde Heringsdorf
 Seestraße 13
 17424 Heringsdorf
 Telefon 038378-248-0
 Internet: www.heringsdorf.de

K O M M U N A L P A R T N E R S C H A F T
 Verein zur Förderung der Partnerschaft zwischen dem Seebad Heringsdorf und der Stadt Beckum
 Vorsitzender Erwin Sadlau
 Elisabethstraße 10
 59269 Beckum
 Telefon 2521-841 377

Stadtverwaltung Beckum
 Amt für Stadtentwicklung
 Weststraße 46
 59269 Beckum
 Telefon 02521-29-165
 Internet: www.beckum.de

Spätere Partnerschaft nicht ausgeschlossen

Eine Patenschaft mit der Stadt Mushtisht im Kosovo hat die Stadt Troisdorf auf Anregung von Rupert Neudeck, Troisdorfer Bürger und Gründer des Hilfskomitees Cap Anamur, geschlossen

„Noch sind wir im Stadium der Schwangerschaft. Aber bald könnte das Kind 'Partnerschaft mit Mushtisht' geboren werden.“ So stellte Rupert Neudeck die Lage bildlich dar. Der Troisdorfer ist Gründer des weltweit agierenden Hilfskomitees Cap Anamur und hat den Impuls für die ersten Kontakte zwischen Troisdorf und der Bezirkskommune Mushtisht im Kosovo gegeben.

Als erste deutsche Kommune würde Troisdorf damit eine Städtepartnerschaft mit einer Kommune im Kosovo nach dem Krieg von 1999 begründen. Nach sondierenden Gesprächen reisten Bürgermeister Manfred Uedelhoven und Rupert Neudeck Anfang November 2000 in die Region um die Bezirkskommune Mushtisht in der Nähe von Prizren.

Begleitet wurden sie von Michael Schunk, dem Leiter des Deutschen Verbindungsbüros im Kosovo. Vor Ort lernten sie schon bald Shaqir Mala, Bürgermeister von Mushtisht, kennen. Er bat die Stadt Troisdorf um die Unterzeichnung einer Partnerschaftsurkunde. Aber „Die Geburt muss letztendlich

der Stadtrat beschließen“, verwies Bürgermeister Uedelhoven auf die demokratischen Gepflogenheiten seiner Heimat.

Troisdorfs Stadtoberhaupt sammelte viele Eindrücke und führte zahlreiche Gespräche. Nicht nur die überschwängliche Gastfreundschaft beeindruckten ihn. Rasch stellte er fest, dass es den Kosovaren um Anerkennung als Mitglied der europäischen Völkergemeinschaft geht, um Hilfe bei der Entwicklung demokratischer Strukturen sowie um konkrete Unterstützung beim Wiederaufbau.

DER AUTOR

Peter Sonnet M.A. ist stellvertretender Pressesprecher der Stadt Troisdorf

GROSSE ZERSTÖRUNGEN

Mushtisht hat rund 7.000 Einwohner und wurde während des Krieges 1999 zum großen Teil zerstört. Die Menschen lebten noch lange danach in Ruinen. Das Hilfskomitee Cap Anamur startete in der Region frühzeitig ein Programm zur Wiederherstellung der Hausdächer, „damit die Menschen erst einmal ein Dach über dem Kopf haben“, so Neudeck. Baumaterial wurde geliefert, und die Bewohner begannen sofort mit dem Wiederaufbau. In Mushtisht sind inzwischen drei Viertel der zerstörten Dächer und viele Häuser erneuert.



Beeindruckt vom Wiederaufbau der Stadt Mushtisht: Rupert Neudeck (li.) und Bürgermeister Manfred Uedelhoven (Mitte)

Fotos: Stadt Troisdorf



◀ Symbol für erfolgreichen Neubeginn: die 1995 wieder aufgebaute Kaiser-Wilhelm-Brücke in Beckums Partnerstadt Heringsdorf

■ GROSSE ZUSTIMMUNG

An diesen Gesprächen werden sicher auch Bürgerinnen und Bürger teilnehmen, die sich nach ersten Presseberichten euphorisch im Rathaus gemeldet haben. Ein Lehrer spricht die fremde Sprache und möchte als Übersetzer mitarbeiten, eine pensionierte Lehrerin will beim Aufbau der Schulen helfen. Jugendliche aus dem Kosovo, deren Familien vor dem Krieg nach Deutschland geflüchtet waren und die seit Jahren in Troisdorf leben, möchten ihre Landsleute wiedersehen.

Ein honoriger Vorschlag kam von einem Troisdorfer Elektronik-Händler für die Gespräche mit Bürgermeister Mala. Der Unternehmer möchte der neuen Patenstadt eine moderne, nicht mehr benötigte Satelliten-Empfangstation zur Verfügung stellen. Rundum kann Bürgermeister Manfred Uedelhoven über die vielen guten Ideen, die Hilfsbereitschaft und den positiven Auftakt der ungewöhnlichen Patenschaft zufrieden sein. ●

Insgesamt hat das Hilfskomitee seit 1998 rund 46 Mio. DM an Spendengeld in Hilfsprojekte im Kosovo investiert. Zwischen Cap Anamur und den Menschen in Mushtisht bestehen mittlerweile enge Beziehungen. Rupert Neudeck: „Die Menschen in der Region Mushtisht haben einen starken Aufbauwillen und sie würden sich wie die Schneekönige über eine Partnerschaft ihrer Gemeinde mit Troisdorf freuen“.

Zurück von seiner Reise berichtete Bürgermeister Uedelhoven umgehend dem städtischen Partnerschaftsausschuss über seine Gespräche im Kosovo. Der Rat der Stadt Troisdorf nahm am 19. Dezember 2000 den Vorschlag einer Patenschaft mit Mushtisht einstimmig an.

gegenseitiges Kennenlernen - zu verstehen.

Der Partnerschaftsausschuss des Troisdorfer Rates hat bereits über die künftige Kooperation zwischen Mushtisht und Troisdorf beraten. Auf die Neujahrsgrüße aus Mushtisht antwortete Bürgermeister Uedelhoven mit einer Einladung. Shaqir Mala, sein Amtskollege aus Mushtisht, solle im Frühjahr nach Troisdorf kommen, um die Ratsfraktionen kennenzulernen, eine Patenschaftsurkunde zu unterzeichnen und Gespräche über konkrete Hilfsmaßnahmen und die weiteren Kontakte zwischen den Kommunen zu führen.

KONTAKT Pressestelle der Stadt Troisdorf
Telefon 02241-900-172
Telefax 02241-900-8172
e-Mail: pressestelle@troisdorf.de
Internet: www.troisdorf.de

■ AM ANFANG PATENSCHAFT

Die Partnerschaft soll somit als Patenschaft beginnen, da es zunächst um Hilfestellung und Beratung geht. Der Kosovo benötigt Experten vor allem aus den Bereichen Umweltschutz, Abfall- und Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, Stadtplanung und allgemeine Verwaltung. Techniker der Stadtverwaltung und die Stadtwerke Troisdorf GmbH machen sich schon Gedanken darüber, wie sie der neuen Patenstadt mit Rat und Tat zur Seite stehen können.

Für den Deutschen Städte- und Gemeindebund, der das Vorhaben begleitet, hat die Patenschaft mit einer Kommune im Kosovo Modellcharakter - und damit auch Bedeutung für den Stabilitätspakt auf dem Balkan. Sie ist als Beitrag zur Förderung selbstverwalteter und selbstbewusster Gemeinden im Kosovo - und nicht zuletzt als Element der Völkerverständigung durch ge-



Foto: Stadt Schwerte

AUF SCHRITT UND TRITT DEN CHEF BEGLEITET

Quasi auf Tuchfühlung mit dem Bürgermeister ging **Melanie Nack** (Foto) in Schwerte. Die 16-jährige Schülerin des Friedrich-Bährens-Gymnasiums verbrachte 14 Tage im Büro des Stadtoberhauptes. Während ihre MitschülerInnen in Werkstätten und Büros Arbeitsluft schnupperten, verschaffte ihr die zeitweilige Aufnahme in den engsten Mitarbeiterstab von **Heinrich Böckelühr** (Foto) ungewohnte Einblicke in das Spannungsfeld zwischen Politik und Verwaltung.

Ob interne Dienstbesprechungen, Pressekonferenzen, Ortstermine oder Gespräche mit BürgerInnen im Rahmen des Beschwerdemanagements - Melanie Nack war dabei. Sie stellte den morgendlichen Pressespiegel zusammen, nahm an Pressegesprächen teil und hospitierte bei Planungs- und Umweltausschuss sowie beim Jugendhilfe- und Sozialausschuss. Nach zwei Wochen in der Chefetage des Rathauses war die Schülerin so begeistert, dass sie ernsthaft überlegt, nach dem Abitur in der Verwaltung zu arbeiten

Per Mausklick zum Wunschpartner

Jedes Jahr erreichen Hunderte von Partnerschaftsanfragen aus der ganzen Welt die kommunalen Spitzenverbände und die Deutsche Sektion des RGRE - eine Herausforderung für Vermittler

Von Mynämäki in Finnland bis Praia in Kap Verde, von Fort Lauderdale in den USA bis Okayama in Japan reichen die Partnerschaftsanfragen, die der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) vorliegen. „In den

DIE AUTORIN

Barbara Baltsch ist freie Journalistin in Kerpen

vergangenen beiden Jahren haben uns rund 300 offizielle Partnerschaftsgesuche aus aller Welt erreicht“, berichtet die zuständige Mitarbeiterin Heide Genius. Hinzu kommen die stetig wachsende Anzahl von Gesuchen per e-mail sowie die zahlreichen telefonischen Anfragen, die die offiziellen Gesuche weit übersteigen.

Die Mehrzahl der Partnerschaftsgesuche kommt aus dem west- und südeuropäischen Bereich. Trotz der bestehenden mehr als 2.000 deutsch-französischen Partnerschaften suchen immer wieder kleine französische Kommunen eine deutsche Partnerstadt. Auch italienische Kommunen sind stark an Städtepartnerschaften in Deutschland interessiert.

Erheblich zugenommen haben in den vergangenen Jahren die Partnerschaftsgesuche aus Mittel- und Osteuropa. Vor allem polnische Städte und Gemeinden, aber auch Kommunen aus weiteren Beitrittsländern der Europäischen Union sowie aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten suchen deutsche Partner.

Partnerschaftswünsche kommen auch aus Entwicklungsländern. Derzeit suchen Kommunen aus Burundi, Ecuador, Mali, Kap Verde, dem Senegal, Mexiko, Südafrika und Uganda Partnerstädte in Deutschland. „Leider gestaltet sich die Vermittlung hier besonders schwierig“, bedauert Heide Genius. Denn nur wenige deutsche Kommunen

seien aufgrund der angespannten Haushaltslage in der Lage, Nord-Süd-Partnerschaften zu knüpfen.

■ EUROPA BEVORZUGT

„Die deutschen Städte und Gemeinden, die noch Partnerstädte suchen, wünschen sich zum größten Teil Partner im europäischen Ausland“, weiß Heide Genius. So halte derzeit Ruppichteroth im Rhein-Sieg-Kreis Ausschau nach einer französischen Partnerstadt. Sendenhorst im Münsterland möchte sich mit einer niederländischen Gemeinde verschwistern.

Doch wie finden Städte und Gemeinden den Partner, der zu ihnen passt? Lage, Größe, Bevölkerungszahl und -zusammensetzung, Wirtschaftsstruktur, Freizeit- und Bildungsangebot sowie gemeinsame Interessen und Probleme sind wichtige Faktoren bei der Partnersuche.

■ EIGENINITIATIVE

Viele Städte und Gemeinden finden ihre Städtepartner über persönliche Kontakte oder durch das Engagement gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Bürger. So geht die im Juni 2000 zwischen Bocholt und der litauischen Stadt Naujoji Akmene geschlossene Partnerschaft auf eine Initiative des Deutschen Roten Kreuzes zurück. Die kurz vor dem Abschluss stehende Partnerschaft

zwischen Troisdorf und Mushtisht im Kosovo wurde vom Vorsitzenden der Hilfsorganisation Cap Anamur, Rupert Neudeck, initiiert.

Auch Konsulate, Botschaften und Regierungen bemühen sich um kommunale Kontakte. So hat die Bundesregierung im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa den ehemaligen Bürgermeister von Düren, Josef Vosen, beauftragt, Projektpartnerschaften zwischen deutschen und oppositionsregierten Städten in Serbien und Montenegro aufzubauen. Der frühere Bundesaußenminister Klaus Kinkel bemüht sich zusammen mit Rupert Neudeck um weitere deutsche Städte und Gemeinden, die bereit sind, Städtepartnerschaften im Kosovo abzuschließen.

Bei der Suche und Vermittlung solcher und anderer Partnerschaften kommen den kommunalen Spitzenverbänden in Deutschland sowie der Deutschen Sektion des RGRE, welche die Partnerschaftsarbeit für den Deutschen Städtetag (DST) und den Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) betreut, eine besondere Bedeutung zu. Sie bemühen sich - teilweise über ihre internationalen Netzwerke - um direkte Kontakte und veröffentlichen Partnergesuche ausländischer Kommunen in ihren Mitteilungen, in der Zeitschrift „Europakommunal“ der Deutschen Sektion des RGRE sowie im Internet.

■ TWINNING MARKET

„Das Internet wird bei der Partnerschaftsvermittlung immer wichtiger“, ist sich Heide Genius sicher. Deshalb beteilige sich die Deutsche Sektion des RGRE seit 1998 am Ausbau einer virtuellen Partnerschaftsbörse, dem sogenannten Twinning



Unter der Internetadresse www.twinning.org können Kommunen per Mausklick Partnerschaftsangebote abgeben oder weltweit Partnerkommunen suchen

TWIN-TOWN 2001

Schweden, das am 1. Januar 2001 für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernommen hat, misst den Städtepartnerschaften große Bedeutung bei. So hat die Regierung auf der Homepage zur schwedischen Ratspräsidentschaft eine Seite für Städtepartnerschaften eingerichtet.

Unter der Adresse www.eu2001.se (Rubrik „twin-town 2001“) können schwedische Städte und Gemeinde Partnerschaftsveranstaltungen ankündigen und europäische Projekte vorstellen, die sie während der Ratspräsidentschaft ihres Landes durchführen.

Bisher sind annähernd 100 Veranstaltungen und Projekte eingetragen - darunter auch solche mit NRW-Kommunen. So beteiligt sich Borken an einem Projekt seiner schwedischen Partnerstadt Mölndal. Gemeinsam mit den weiteren Partnerstädten Abertslund in Dänemark, Bolkow in Polen, Grabow in Deutschland sowie East Renfrewshire in Schottland, Ricany in der Tschechischen Republik und Whitstable in England soll im Mai 2001 eine Partnerschaftsveranstaltung für Jugendliche mit Sportwettkämpfen, Musikfestival und einer Konferenz durchgeführt werden.

Market. Unter www.twinning.org können Kommunen im Internet per Mausclick Partnerschaftsangebote abgeben oder Partnerkommunen suchen.

Das Internet-Angebot, das vom Verband der Flämischen Städte und Gemeinden in Belgien entwickelt wurde, hält einen standardisierten Fragebogen bereit, den partnersuchende Kommunen ausfüllen können. Neben dem Namen, der geographischen Lage, der Einwohnerzahl und dem historischen Hintergrund müssen die partnersuchenden Kommunen auch Angaben machen zu wirtschaftlichen Aktivitäten, dem Bildungsangebot, den Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie den Vereinen und Klubs vor Ort.

In einem zweiten Schritt können die Kommunen Wünsche zum künftigen Partner äußern. Wird ein Schul-, Jugend- oder kultureller Austausch angestrebt? Will die Kommune auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet zusammenarbeiten? Nicht zuletzt wird auch nach der Art der Zusammenarbeit gefragt: Ist eine offizielle Part-

nerschaft geplant? Und: Wird das Gesuch vom Rat der Kommune unterstützt?

Bevor die Partnerschaftsgesuche, die in englisch abzufassen sind, ins Internet kommen, werden sie von den nationalen Kommunalverbänden oder RGRE-Sektionen geprüft. Die Gesuche selbst bleiben in der Regel sechs Monate im Netz. Auf diese Weise sollen „Kartei-Leichen“ verhindert werden - vor allem durch erfolgreiche, aber nicht rückgemeldete Vermittlung.

■ EIGENE SUCHE MÖGLICH

Kommunen, die eine Partnerstadt suchen, aber selbst kein Angebot per Internet abgeben wollen, können sich im „Twinning Market“ selbst den Wunschpartner suchen. Neben der Übersicht aller Partnerschaftsgesuche gibt es eine Abfrage-Möglichkeit, bei der man sich die partnersuchenden Kommunen nach Bevölkerung, Herkunfts- oder Wunschland des Kandidaten anzeigen

lassen kann. Ist der richtige Partner gefunden, geschieht die Kontaktaufnahme nicht mehr über die Verbände, sondern direkt von Kommune zu Kommune.

Wieviele Partnerschaften über das Internet oder die Bemühungen der kommunalen Spitzenverbände und des RGRE zustande kommen, ist schwer zu schätzen. „Wir sind auf die Rückmeldung aus den Kommunen angewiesen“, so Heide Genius. Eine Verpflichtung, neue Partnerschaften zu melden, gebe es nicht.

Allerdings funktioniert der Erfahrungsaustausch mit den französischen Kommunalverbänden sehr gut. So wurden in den vergangenen beiden Jahren neben zahlreichen Kontakten immerhin 14 offizielle Städtepartnerschaften zwischen deutschen und französischen Kommunen geschlossen. Unter anderem unterzeichneten Jena und Aubervilliers, Aichtal und Ligny en Barrois sowie Bad Schwartau und Villedieu-sur-Orge Partnerschaftsurkunden. ●

AUFSCHWUNG MIT STRICH- PUNKT-STRICH



Nichts regt die Phantasie mehr an als einfache Formen - eine geschwungene Linie, eine gerade Linie, ein Punkt. In dieser Hinsicht hat sich die Stadt Hückelhoven bei ihrem Signet auf ein Grundgesetz der Gestaltung besonnen. Freilich stehen die blauen und roten Formen, die Pinselstriche markieren sollen, nicht orientierungslos im Raum. Die Basis bildet - wie in vielen Stadt-Signets - der Stadtname. Die quaderartigen Lettern des Worts „Hückelhoven“ - alles Großbuchstaben - haben noch einen luftigen Untergrund. „Zukunft zwischen Rhein und Maas“ - dieser Satz löst das Rätsel, was roter Punkt und hellblaue Striche bedeuten sollen. Deren kühne Bewegung nach oben ruft Assoziationen von

Das Signet ist die Visitenkarte einer Kommune. Auf engstem Raum, mit einfachsten Mitteln soll es zum Ausdruck bringen, was eine Stadt oder Gemeinde auszeichnet, als was sich die Bürgerschaft versteht. In lockerer Folge werden die Signets der StGB NRW-Mitgliedskommunen vorgestellt.

„Aufschwung“ und „Fortschritt“ hervor. Eine gelungene Lösung, Stadtname mit Stadtmotto zu verbinden und gleich noch bildlich auszudrücken.



Fotos: Stadt Nettetal

Die Perle Masurens für sich entdeckt

Neben Partnerschaften mit Kommunen in Sachsen, Frankreich und Großbritannien pflegt die Stadt Nettetal seit kurzem besondere Beziehungen zur masurischen Stadt Elk

Eingebettet in eine Landschaft mit zwölf Seen, Wäldern, Mooren und Heideflächen, direkt an der deutsch-niederländischen Grenze, liegt die „Seenstadt“ Nettetal. Gemeinsame Projekte mit den niederländischen Nachbarn gehören zum Alltag der 42.000 Einwohner - ebenso wie das Einkaufen im Nachbarland, die Teilnahme der Verwaltung sowie Nettetaler Firmen an den Gewerbetagen in Venlo oder die Zusammenarbeit im touristischen Bereich.

Nettetal ist das Herzstück des grenzüberschreitenden Naturparks Maas Schwalm-Nette. Zurzeit wird an der Umsetzung des europäischen Entwicklungskonzeptes VeNeTe (Venlo-Nettetal-Tegelen) gearbeitet. Dieses sieht eine umfassende Betrachtung von Natur, Landschaft und Infrastruktur sowie ein internationales, grenz-

überschreitendes Gewerbegebiet mit einem internationalen Handelsschwerpunkt vor. Zur Bündelung aller Aktivitäten hat die Stadt zum 1. Januar 2001 die NETTE-AGENTUR für Kultur, Tourismus, Marketing und europäische Kontakte gegründet.

STÄDTEPARTNERSCHAFTEN

Der Blick der Nettetaler geht jedoch über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus. Seit 1967 besteht eine Städtepartnerschaft mit der französischen Stadt Caudebec-en-Caux (2.500 Einwohner) und seit 1989 eine Partnerschaft mit dem Distrikt Fenland (80.000 Einwohner) in England. Zur sächsischen Stadt Rochlitz (5.000 Einwohner) gibt es seit 1990 freundschaftliche Beziehungen.

Viele Menschen aller Altersgruppen engagieren sich in diesen Partnerschaften. Feuerwehr, Fußballvereine, Chöre, Verwaltung, Parteien - sie alle tragen zur Bereicherung des Nettetaler Kulturlebens und zum Zusammenwachsen Europas bei.

Eine besondere Beziehung hat Nettetal zum östlichen Nachbarland Polen. Der Ausgangspunkt dieser Beziehung liegt im Herzen Nettetals, im ländlichen Ort Leutherheide. Dort befindet sich das Eva-Kleinewe-

◀ *Nettets neue Partnerstadt Elk wird wegen der schönen Anlage auch „Perle Masurens“ genannt*

fers-Haus. Senator E. H. Paul Kleinewefers hat das Anwesen zur Erinnerung an seine tödlich verunglückte Frau dem Bistum Aachen geschenkt.

Als Stätte der Begegnung werden hier - im Sinne des Stifters - seit vielen Jahren vorzugsweise Themen mit der Blickrichtung Mittel- und Osteuropa behandelt. Europäische Führungskräfte und vor allem Jugendliche treffen sich hier zu Tagungen. Regelmäßig findet hier unter Beteiligung bekannter Persönlichkeiten das „Leutherheider Forum“ statt.

Dort entstand zwischen Nettetals Bürgermeister Peter Ottmann und Senator Kleinewefers die Idee einer Städtepartnerschaft zu einer polnischen Stadt. Die vom Senator gegründete Adalbert-Stiftung stellte schließlich einen Kontakt zur masurischen Kreisstadt Elk (gesprochen „Ouk“, 60.000 Einwohner), dem früheren Lyck, her. Ziel dieser Stiftung ist die Integration der ehemals ostdeutschen Länder in die europäische Staatengemeinschaft.

VIELE GEMEINSAMKEITEN

Die Elker Kirche, die ebenfalls nach dem Heiligen Adalbert benannt ist, war nicht die einzige Verbindung der beiden Städte. Beide verfügen über vergleichbare Infrastruktureinrichtungen und werden durch eine ähnliche Landschaft - vor allem ihre Seen - geprägt. Elk - „Die Perle Masurens“, wie sich die Stadt selbst bezeichnet - entwickelt sich zu einem touristisch und wirtschaftlich prosperierenden Zentrum.

Ähnlich wie in Nettetal wird in Elk ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Erhalt der einzigartigen Umwelt angestrebt. Der Besuch des Papstes machte Elk im Jahr 1999 europaweit bekannt.

Von anfänglicher Skepsis, vor allem hinsichtlich der Entfernung (1.400 km) und des fremden Sprachraumes, ließ sich Bürgermeister Ottmann nicht beirren. Den ersten Gesprächen folgten rasch Besuche. Ein Glücksfall war es, dass drei Mitarbeiter der Nettetaler und zwei der Elker Verwaltung über polnische respektive deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Im Juni vergangenen Jahres war eine 95-köpfige Delegation aus Nettetal zu Gast in Elk.

Vertreter aus Politik, Sport, Kultur, Schule, Musik und Verwaltung, vor allem aber viele Jugendliche machten sich auf die Reise und wurden mit „offenem Herzen“ empfangen. Während der Feierlichkeiten zur 575-Jahr-Feier der Stadt Nettetal wurde die Städtepartnerschaft besiegelt. Eine gemeinsame Kultur - und nicht etwa wirtschaftliche Entwicklung, Wachstumsraten oder ökonomische Visionen - bilden das geistige Fundament einer europäischen Familie, betonte Bürgermeister Ottmann bei der Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde.

■ GEMEINSAME MARKT-PRÄSENTATION

Im Herbst 2000 besuchte eine Delegation Elks unter Leitung des Stadtpräsidenten (Bürgermeister) Zdzislaw Fadrowski die Stadt Nettetal, um den Kontakt zur neuen Partnerstadt zu vertiefen. Gemeinsam mit Rochlitz präsentierten die beiden Städte ihr touristisches Angebot auf dem Lobbericher Ferkesmarkt. Das Interesse der Bevölkerung war überraschend groß. Viele kamen an den Stand und holten sich Informationen über die beiden Partnerstädte.

„Begeistert berichteten sie über eigene Verbindungen nach Polen und haben uns in der Entscheidung für unsere neue Städtepartnerschaft bestärkt“, erinnert sich Bürgermeister Ottmann. Eine besondere Überraschung hatte Stadtpräsident Fadrowski im Gepäck. Eigens für den Besuch in Nettetal wurden das Stadtvideo und ein Stadtbildband von Elk in deutscher Sprache hergestellt. In dem Video haben auch die Nettetaler einen kurzen Auftritt.

Haben gut lachen: Nettetals Bürgermeister Peter Ottmann (re.) und Elks Stadtpräsident Zdzislaw Fadrowski auf dem Ferkesmarkt in Lobberich



Die Nettetaler Delegation in Elk vor dem Denkmal, das an den Besuch des Papstes 1999 erinnert

Trotz der noch jungen Partnerschaft sind bereits viele Kontakte entstanden. Jugendliche haben sich bereits mehrfach zu sportlichen Wettkämpfen in beiden Städten getroffen. Neben der Unterstützung durch den Nettetaler Stadtsporthverein hat sich ein Partnerschaftsverein Elk/Nettetal gebildet, der die Kontakte zwischen den beiden Städten fördert.

■ ANKNÜPFUNGSPUNKT MUSIK

Dass Musik verbindet, beweist auch diese Partnerschaft. Während beim Besuch in Elk das Schulorchester des Nettetalers Werner-Jaeger-Gymnasiums für Begeisterung gesorgt hatte, brachten die Elker beim Gegenbesuch den Direktor und drei Musiker der bekannten Allensteiner Symphoniker mit in die Seenstadt.

Orchesterleiter Szarzynski ist eng mit Elk verbunden. Der Auftritt der vier Musiker in der Werner-Jaeger-Halle war zweifellos ein Höhepunkt des Nettetalers Kulturjahres. Szarzynski ermöglichte auch drei jungen Flötistinnen aus Nettetal die Teilnahme an einem erstmals durchgeführten internationalen Musikworkshop in Elk.

Bei ihrer Rückkehr aus Polen berichteten die drei jungen Damen von einer ebenso spannenden wie lehrreichen Fahrt. Spontan nahmen sie eine Einladung von Bürgermeister Ottmann an, beim Neujahrsempfang der Stadt ihr Können vorzutragen.

■ WEITERE PLÄNE

Es gibt bereits viele Ansätze zum Ausbau der Städtepartnerschaft. Die Krankenhäuser, die Ortsgruppen des Malteser-Hilfsdienstes, die Jäger sowie die Tourismus-Agenturen planen eine Zusammenarbeit. Ein gemeinsamer Bildhauerkursus ist vorgesehen, und selbstverständlich finden weitere Konzert- und Schülerreisen statt.

Gerade auf der lokalen Ebene - zwischen Städten, Schülern, Künstlern und Sportlern - wird das Fundament für ein gemeinsames Europa gelegt. Gemeinsamkeiten werden entdeckt, unterschiedliche Kulturen und Traditionen werden wahrgenommen und mit Interesse erforscht. Nettetal möchte mit der Partnerschaft zur polnischen Stadt Elk einen kleinen Beitrag zur Integration Polens in die Europäische Union und zum Zusammenwachsen der europäischen Familie leisten.

„Keines der europäischen Völker kann seine Probleme allein und nur für sich lösen. Wir leben in einem vielfältigen Europa mit vielen Gemeinsamkeiten. Gerade diese Gemeinsamkeiten können die unverwechselbare Stärke Europas werden“, so Nettetalers Stadtoberrhaupt Peter Ottmann. ●

KONTAKT NETTE-AGENTUR für Kultur, Tourismus,
Marketing und europäische Kontakte
Telefon 02153-2193
e-Mail: stadtnettetal@nettetal.de



Fotos: Beifel

◀ Nicht mehr die städtebauliche Einheit, sondern das klare, einheitliche Straßenbild ist jetzt entscheidend für Tempo-30-Zonen

recht- oder Schrägparkstände - wo nötig auch durch Sperrflächen (Zeichen 298) am Fahrbahnrand - eingengt werden. Die Fortdauer einer Tempo-30-Zone kann in großen Wohngebieten durch Aufmalen der Zahl „30“ auf die Fahrbahn verdeutlicht werden.

Autofahrer müssen künftig stets mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung rechnen, wenn sie das oben beschriebene Straßenbild wahrnehmen. Sie können sich nicht darauf berufen, nach längerem Aufenthalt in der Tempo-30-Zone sich nicht mehr bewusst zu sein, dass man nur 30 km/h schnell fahren darf. Diese Argumentation war bis dato von der Rechtsprechung akzeptiert. § 39 Abs. 1a StVO regelt jetzt ausdrücklich, dass außerhalb des Vorrangstraßen-Netzes mit der Anordnung von Tempo-30-Zonen zu rechnen ist.

Mehr Klarheit bei Tempo-30-Zonen

■ VERKEHRSPLANUNG NOTIG

Von den Kommunen wird künftig verlangt, Tempo-30-Zonen nur auf der Grundlage einer flächenhaften Verkehrsplanung anzuordnen. In diesem Prozess soll auch ein leistungsfähiges, den Bedürfnissen des öffentlichen Personennahverkehrs und des Wirtschaftsverkehrs entsprechendes innerörtliches Vorfahrtstraßen-Netz festgelegt werden.

Zuständig für die Anordnung sind nach wie vor die Straßenverkehrsbehörden im Einvernehmen mit der Gemeinde. Die Anordnung ist auf Antrag der Gemeinde vorzunehmen, wenn die Voraussetzungen und Merkmale der Verordnung und der Verwaltungsvorschrift (VwV) vorliegen oder mit der Anordnung geschaffen werden können, indem vorhandene, aber nicht mehr erforderliche Schilder, Markierungen und bauliche Einrichtungen entfernt werden.

■ 15 JAHRE VORGESCHICHTE

1985 wurde die überkommene Tempo-30-Regelung versuchsweise und 1990 dann endgültig in die StVO aufgenommen. Doch die Praxis in Städten und Gemeinden und die Rechtsprechung liefen in den Folgejahren auseinander.

Auf der Grundlage kommunaler Konzepte zur Verkehrsberuhigung wiesen die Kom-

Mit der Novellierung der Straßenverkehrsordnung zum 1. Februar 2001 wurden die Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung in Städten und Gemeinden erweitert, ohne neue teure Standards aufzustellen

Mit der 33. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften sind - von der Öffentlichkeit kaum beachtet -

auch die Modalitäten zur Einführung von Tempo-30-Zonen deutlich verändert worden. Dies erfordert umfangreiche konzeptionelle Arbei-

ten der Straßenverkehrsbehörden und der Kommunen sowie eine neue Einstellung der Verkehrsteilnehmer.

Die Straßenverkehrsordnung (StVO) bestimmt nun in § 45 Abs. 1c, dass Tempo-30-Zonen innerhalb geschlossener Ortschaften - insbesondere in Wohngebieten sowie Gebieten mit viel Fußgänger- und Fahrradver-

kehr sowie zahlreichen Kreuzungen - angeordnet werden dürfen.

Die Anordnung darf sich weder auf Straßen des überörtlichen Verkehrs - also Bundes-, Landes- und Kreisstraßen - noch auf weitere Vorfahrtsstraßen mit dem Zeichen 306 (gelbe Raute) erstrecken. Tempo-30-Zonen kann es demnach nur noch außerhalb des Vorrangstraßen-Netzes geben.

■ EINHEITLICHES STRASSENBILD

Das Straßenbild einer Tempo-30-Zone muss jetzt einheitlich einem bestimmten Muster folgen. Es darf sich nur um Straßen ohne Ampelkreuzungen und -einmündungen handeln. Fahrstreifen-Begrenzungen (Zeichen 295), Leitlinien (Zeichen 340) und benutzungspflichtige Radwege (Zeichen 237, 240, 241 oder Zeichen 295 in Verbindung mit Zeichen 237) sollen in solchen Straßen nicht vorkommen.

An Kreuzungen und Einmündungen innerhalb der Zone muss grundsätzlich „rechts vor links“ gelten. Die Fahrbahn für den fließenden Verkehr soll durch Senk-

DER AUTOR

Roland Thomas ist Hauptreferent für Wirtschaft und Verkehr beim Städte- und Gemeindebund NRW

munen in den Wohngebieten in hohem Maße Tempo-30-Zonen aus. Insbesondere in zahlreichen Großstädten sind die Wohnquartiere nahezu flächendeckend - bis zu 80 Prozent - als Tempo-30-Zonen ausgestaltet. Auch in den kleineren Kommunen ist die Akzeptanz bei Verwaltung, Politik und Bevölkerung hoch.

Auf große Resonanz stießen „kreative“ Maßnahmen zur Kennzeichnung von Tempo-30-Zonen. So sind nicht selten Markierungen auf der Straße aufgebracht worden - etwa Wartelinien zur Verdeutlichung der „rechts vor links“-Regelung oder Piktogramme mit dem „Tempo 30“-Zeichen oder „Kinder“. Diese Maßnahmen werden in der Regel auch von den Autofahrern als hilfreich anerkannt. Die Straßenverkehrsordnung bietet hierfür allerdings - auch in der novellierten Fassung - keine Rechtsgrundlage.

Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts hat die Ausweisung solcher Zonen in der Vergangenheit nicht vereinfacht. Insbesondere verdeutlichte das Urteil vom 14.12.1994 (Az.: 11 C 25/93) noch einmal die hohen rechtlichen Anforderungen an eine Tempo-30-Zone. Der damit verbundene teilweise Verzicht auf das Wiederholen von Verkehrszeichen (Sichtbarkeitsprinzip) setzt nämlich voraus, dass das Gesamtbild des betreffenden Gebiets Autofahrern stets das

Nur noch diese Markierung ist erlaubt, um Autofahrern eine Tempo-30-Zone in Erinnerung zu rufen



Bewusstsein vermittelt, sich innerhalb einer Zone mit Geschwindigkeitsbegrenzung zu befinden.

■ TEURES „ZONENBEWUSSTSEIN“

Damit „Zonenbewusstsein“ entsteht, musste bis dato die Zone so zugeschnitten sein, dass die Geschwindigkeitsbeschränkung für Autofahrer einsichtig war, die Straßen innerhalb der Zone gleichartige Merkmale aufwiesen und die Zone eine städtebauliche Einheit bildete.

Die Überprüfung der Tempo-30-Zonen führte dazu, dass eine Reihe von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen wieder rückgängig gemacht werden mussten. Denn die erforderlichen Umbauten zur Herstellung des „Zonenbewusstseins“ waren nicht zu bezahlen.

Die Bundesregierung griff 1998 die unbefriedigende Situation auf - und reagierte damit auf die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände nach Neuregelung der innerörtlichen Höchstgeschwindigkeit. Die Verkehrssicherheit sollte verbessert und den Städten und Gemeinden durch Novellierung der StVO mehr Spielraum zum Schutz von Fußgängern und Radfahrern sowie zur Reduzierung der Geschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften eröffnet werden.

In der Folgezeit wurden auf kommunaler Ebene zwei Modelle zur Weiterentwicklung der Verkehrsberuhigung diskutiert. Nach den Vorstellungen des Deutschen Städtetags sollte lediglich auf den Vorrangstraßen Tempo 50, außerhalb dieses Netzes generell ab Ortseingangsschild Tempo 30 gelten.

Allerdings steht das Modell im Widerspruch zum Wiener Übereinkommen über Verkehrszeichen, wonach durch das Vorfahrtsstraßen-Schild (Zeichen 306) keine weitere Regelung - insbesondere keine Geschwindigkeitsregelung - getroffen werden darf. Es ist zudem zwischenzeitlich durch die Praxis der Kommunen, Tempo-30-Zonen flächendeckend auszuweisen, überholt.

Nach dem vom StGB NRW verfolgten „Flexibilisierungs-Modell“ sollten bei genereller Tempo-50-Regelung innerorts die bestehenden Tempo-30-Zonen im wesentlichen erhalten bleiben. Die Ausweisung sollte im Hinblick auf Ausstattung, Größe sowie Möblierung aber deutlich erleichtert werden - so das Präsidium am 26. Mai 1999.

■ NOVELLE SINNVOLL

Die jetzt erfolgte Novellierung entspricht weitgehend den Überlegungen des Städte- und Gemeindebundes NRW. Sie ist aus verkehrsfachlicher und kommunaler Sicht zu begrüßen, weil sie die flexible Ausweisung von Tempo-30-Zonen erlaubt und unnötige Standards abbaut. Bei verbleibender Tempo-50-Regelung innerorts

ANALYSE

SCHNELL-FAHREN FÜHRT ZU UNFÄLLEN

Die positive Wirkung kommunaler Verkehrsberuhigung auf die Verkehrssicherheit, das Wohnumfeld sowie auf Lärm- und Abgasbelastung sind in Fachwelt und Politik weitgehend anerkannt. Verkehrsberuhigung ist dann am effektivsten, wenn sie nachvollziehbar ist.

Dies zeigen Erhebungen, die auf dem 33. Deutschen Verkehrsgerichtstag veröffentlicht wurden. Danach trifft man bei 28 Prozent der Unfälle mit Personenschaden auf die Ursache „überhöhte Geschwindigkeit“. Bei jedem zweiten Unfall mit Getöteten wurde zu hohe Geschwindigkeit mit als ursächlich angesehen.

In Nordrhein-Westfalen liegt die Zahl der bei Verkehrsunfällen getöteten Kinder weit über dem Bundesdurchschnitt. Der Verkehrsgerichtstag stellt fest, dass die Gefahren im Straßennetz konzentriert auftreten. 50 Prozent der Unfälle in Erschließungsstraßen und innerörtlichen Verkehrsstraßen ereignen sich auf 20 Prozent des Straßennetzes. Es sind also relativ kleine Abschnitte, auf denen überhöhte Geschwindigkeit zu großer Gefährdung führt.

muss eine weitere Geschwindigkeitsreduzierung nicht generell am Ortseingangsschild erfolgen, sondern nur dort, wo sie sinnvoll ist.

Das Anknüpfen an die bestehende Zonenregelung gibt Städten und Gemeinden die Möglichkeit, das vorhandene Straßennetz mit Zonen-Geschwindigkeitsbeschränkungen nach den örtlichen Erfordernissen weiterzuentwickeln. Im Lichte der Unfallforschung (siehe Kasten) war es sinnvoll, an der Zonen-Lösung festzuhalten. Weder Bürgern noch Verkehrs-

teilnehmern wäre es darüber hinaus zu erklären gewesen, in sämtlichen Tempo-30-Zonen Schilder und Pflanzkübel abzubauen, um zu erreichen, dass in diesen Straßen höchstens 30 km/h gefahren wird.

Schließlich wird durch die Weiterentwicklung der Zonen-Lösung ein Beitrag zum Abbau des „Schilderwaldes“ geleistet. Innerhalb von Tempo-30-Zonen sind weitere Zeichen und Verkehrseinrichtungen in der Regel entbehrlich. Bei der Alternativ-Lösung wäre wegen des Wiener Übereinkommens eine Vielzahl von Tempo-50-Schildern oder ähnliche Beschilderung nötig geworden.

Gelungen ist der Ansatz zur Neudefinition des „Zonenbewusstseins“, das von der Rechtsprechung immer wieder eingefordert worden war. Bisher sollte dieses Zonenbewusstsein durch die städtebauliche Einheit der Tempo-30-Zone geschaffen werden. Jetzt hingegen kommt es allein auf das einheitliche, klare Straßenbild an, das Verkehrsteilnehmern auf den ersten Blick vermittelt: hier befinde ich mich in einer Tempo-30-Zone.

■ DIVERSE EINSCHRÄNKUNGEN

Nur unter diesem Aspekt sind die vielen restriktiven Neuregelungen zu akzeptieren. Allein die Heraufzonung der einzelnen Ausstattungsmerkmale einer Tempo-30-Zone aus der Verwaltungsvorschrift in den Verordnungstext schränkt die Handlungsalternativen der Straßenverkehrsbehörden erheblich ein. Auch die Anzahl der Straßen, die für eine Tempo-30-Zone zugelassen sind, ist deutlich reduziert.

Vielfach haben Städte und Gemeinden gerade in den für Tempo-30-Zonen vorgesehenen Straßen Radwege eingerichtet, um etwa Schulkindern einen sicheren Schulweg zu gewährleisten. Mit Ausnahme der Schutzstreifen sind solche Anlagen in Tempo-30-Zonen nicht mehr zugelassen. Ähnliches gilt für Ampeln, die - mit wenigen Ausnahmen - in Tempo-30-Zonen nicht mehr vorkommen dürfen.

Der Vorstellung vom einheitlichen Straßenbild sind auch die Halt- und Wartelinien an Rechts-vor-Links-Kreuzungen zum Opfer gefallen. Das ist zu bedauern und wird - gerade in Großstädten, wo sie inzwischen zum Straßenbild gehören - zu beachtlichen Kosten für die Beseitigung führen.

F A Z I T

BEFUGNISSE ERWEITERT

Die Möglichkeiten und Befugnisse der Städte und Gemeinden zur Verkehrsberuhigung sind erweitert worden. Mehr Verantwortung bedeutet aber auch mehr Verantwortlichkeit. Die Kommunen müssen die Novellierung zum Anlass nehmen, ihre bestehenden Tempo-30-Konzepte und ihre gesamte Verkehrsentwicklungsplanung zu überprüfen.

Mittelfristiges Ziel der StVO-Novellierung ist ein deutlicher Unterschied zwischen Hauptverkehrsstraßen und Straßen in Tempo-30-Zonen. An die Verkehrsteilnehmer geht der Appell, sich bei einem entsprechenden Straßenbild defensiv zu verhalten - im Dienste der Verkehrssicherheit.

■ MARKIERUNGEN SINNVOLL

Solche Markierungen hätten die Einheitlichkeit der Tempo-30-Straßen nicht übermäßig gestört. Vielmehr hätte die Zulassung kostengünstiger Fahrbahn-Markierungen die Weiterentwicklung der Tempo-30-Zonen maßgeblich gefördert und den Verkehrsteilnehmern bereits nach kürzester Fahrstrecke wieder Klarheit über die aktuelle Verkehrssituation gegeben.

Dies wäre ein Kompromiss gewesen zwischen aufwändigen baulichen Maßnahmen, mit denen die Geschwindigkeitsreduzierung unterstützt werden sollten, und der jetzigen Lösung, die offensichtlich allein auf den Wortlaut des § 39 Abs. 1a) der Verordnung - und dessen Befolgung durch die Verkehrsteilnehmer - vertraut.

Die Verwaltungsvorschrift erlaubt Straßenverkehrsbehörden lediglich das Abmarkieren von Parkplätzen, Sperrflächen sowie das Aufmalen der Zahl „30“ auf die Fahrbahn - also nicht einmal ein Piktogramm des Verkehrszeichens „Tempo 30“ oder gar „Tempo-30-Zone“. Kommunen sollten von den wenigen erlaubten Maßnahmen regen Gebrauch machen und besonders durch Einrichtung von Parkflächen auf der Fahrbahn den verkehrlichen Grundsatz in die Tat umsetzen: KFZ-Verkehr - der fließende wie der ruhende - gehört auf die Fahrbahn. ●

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Monheim am Rhein konnten sich im vergangenen Jahr erstmals an der Beratung des städtischen Haushalts aktiv beteiligen - ein Plus an Transparenz, aber kein Allheilmittel gegen Verteilungskämpfe

Nachdem in den vergangenen Jahren das Schlagwort von der „Verwaltungsmodernisierung“ die Diskussion in den Kommunen prägte, zeichnet sich nun ein Paradigmenwechsel ab. „Bürgerchaftliches Engagement“ soll neuer Fixpunkt für Verwaltung und Politik in den Gemeinden sein. Dies soll auch für den Etat gelten - hier verdeutlicht am Beispiel der Stadt Monheim am Rhein.

DER AUTOR
Stefan Pruin ist Rechtsreferendar in Düsseldorf

Wie in allen nordrhein-westfälischen Kommunen spielt sich auch in Monheim am Rhein, einer 43.000 Einwohner großen Stadt südlich von Düsseldorf, alljährlich das gleiche Ritual um den städtischen Haushalt ab. Meist im Spätsommer melden die Fachbereiche der Kämmerei ihren Finanzbedarf für das nächste Haushaltsjahr an. Die Kämmerei konstruiert aus dem Zahlenmaterial einen mehreren hundert Seiten starken Haushaltsentwurf, der zunächst dem Bürgermeister und dann dem Rat vorgelegt wird.

An diesem Punkt setzt die Diskussion in den Ratsausschüssen und die Bewertung durch die politischen Parteien ein. Zugleich tragen die Vereine ihren Zuschussbedarf für das nächste Jahr an Politik und Verwaltung heran. Am Ende der jährlichen Haushaltsberatungen steht der Ratsbeschluss und die Haushaltssatzung.

■ BRUCH MIT RITUAL

Mit diesem Ritual wurde im vergangenen Jahr in Monheim am Rhein gebrochen. Vorausgegangen war ein Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses im Dezember 1999, wonach die Stadtverwaltung einen sogenannten Bürgerhaushalt entwickeln sollte. Ziel war es, die Bürger und Bürgerinnen weit mehr als bisher in die Haushaltsberatungen einzubeziehen.

Der Anstoß kam vom NRW-Innenministerium, das solche Projekte auf kommunaler Ebene finanziell und organisato-

Wer viel weiß, spart auch nicht besser

risch unterstützt. Im Jahr 2000 wurden hierfür rund 40 Mio. DM zur Verfügung gestellt.

Was für deutsche Verhältnisse neu erscheint, ist in anderen Ländern schon lange Praxis. Man denke an die Vereinigten Staaten. Direkte Bürgerbeteiligung, insbesondere auf der kommunalen Ebene, ist dort ein bewährtes Instrument, um Bürger in staatliche Entscheidungen einzubinden. Bürgerversammlungen - sogenannte town hall meetings, die mittlerweile in mancher Gemeinde auch online stattfinden - sowie örtliche Volksabstimmungen zu Bauplanung, Kläranlagen oder öffentlichen Bibliotheken haben eine lange Tradition („Politik ohne die da oben“, DIE ZEIT, 24.2.2000).

Wer glaubt, Bürger würden mehr direkte Beteiligung als „Einladung zum Geld ausgeben“ missverstehen, liegt falsch. Ei-

ne Untersuchung des Instituts für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich belegt das Gegenteil. Je mehr Bürger über öffentliche Einnahmen und Ausgaben mitentscheiden können, desto niedriger sind Steuersätze und Schulden, desto besser ist die Steuermoral, desto günstiger sind die Wirtschaftsdaten und desto größer ist die Zufriedenheit mit den gesellschaftlichen Zuständen (siehe „DIE ZEIT“).

Da wundert es nicht, wenn Kämmerer und Fachpolitiker in die Versuchung geraten, den Bürgerhaushalt als Instrument zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen - ganz nach dem Motto „Die Gemeindekasse ist leer und die Bürger sollen selbst entscheiden, welche städtische Einrichtung geschlossen wird.“ Eine solche Sichtweise würde aber der Diskussion um mehr Bürgerbeteiligung nicht gerecht.

■ BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Das Angebot des NRW-Innenministeriums, Projekte bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene zu fördern, haben zahlreiche Kommunen im Land angenommen. Die Projekte betrafen Spielplatz-Patenschaft (Bad Münteriefel), Planungszellen (Meerbusch), Bürgerbus (Schalksmühle) oder Kulturarbeit (Balve). Bei einem Kongress in Soest im März 2000 wurden erste Ergebnisse vorgestellt.

Zu diesem Zeitpunkt entstand in der Stadt Monheim am Rhein gerade die Broschüre „Haushalten - ein Bürgerrecht“. Diese erschien in einer Auflage von 16.000 Exemplaren und wurde kostenlos an alle Haushalte verteilt. Auf knapp 60 Seiten wird zunächst in die Systematik des kommunalen Haushalts eingeführt, dann der gesamte Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Stadt Monheim am Rhein für das Jahr 2000 dargestellt. Für die Bürger bedeutsame Einzelprojekte wie die Musikschule oder die kommunalen Unternehmen sind ausführlicher behandelt. In einem separaten Abschnitt wird das Ver-

fahren zu Aufstellung des Haushalts erläutert.

Die Informationen sollten den BürgerInnen erläutern, in welchen Schritten und zu welchem Zeitpunkt der Haushalt der Stadt Monheim am Rhein jeweils geplant und beraten wird. Hierdurch sollte eine Basis für den nächsten Schritt des Projektes „Bürgerhaushalt“ geschaffen werden.

Die Resonanz auf die Broschüre war in der Politik, den örtlichen Medien und bei der Bürgerschaft durchweg positiv - für die Verantwortlichen Motivation, an dem Projekt weiterzuarbeiten. Die Verwaltung entwarf nach den Sommerferien ein Konzept, wie der Haushaltsentwurf 2001 mit den Bürgern und Bürgerinnen diskutiert werden könnte. Der Entwurf wurde dem Rat Mitte November vorgelegt.

Prägend in der Diskussion war der Fehlbetrag von 8,5 Mio. DM im Verwaltungshaushalt (Gesamtvolumen 174 Mio. DM). Bürgermeister und Verwaltung wollten von der Bürgerschaft erfahren, wo freiwillige städtische Aktivitäten reduziert, eingestellt oder mit Hilfe ehrenamtlichen Engagements kostengünstig fortgeführt werden könnten.

■ ÖFFENTLICHE HAUSHALTSFOREN

Dazu erstellte die Verwaltung eine Liste aller freiwilligen städtischen Leistungen, durch die erstmals die Kosten aller städtischen Einrichtungen sowie die Zuschüsse an die örtlichen Vereine offen gelegt wurden. Angelehnt an die Fachbereich-Struktur der Monheimer Stadtverwaltung wurde zu drei öffentlichen Haushaltsforen eingeladen. Die Termine wurden einerseits über die lokalen Medien bekanntgegeben, andererseits wurden nach dem Zufallsprinzip zu jeder Veranstaltung einhundert Bürger eingeladen.

Der Zspruch zu den drei Veranstaltungen war höchst unterschiedlich. Vertreter der örtlichen Vereine nutzten diese, um angesichts geplanter Mittelkürzungen ihre Interessen zu vertreten. Aber auch viele der angeschriebenen BürgerInnen diskutierten bei den Haushaltsforen mit. Eine unter den Anwesenden durchgeführte Umfrage ergab, dass das Projekt Bürgerhaushalt überwiegend als gut bewertet wurde.

Die Protokolle der Veranstaltungen wurden an die Ratsfraktionen weitergeleitet, damit diese die Bürgeranregungen in die Haushaltsberatung einbeziehen konnten.

Sicherung der Lebensqualität: Die Stadt Monheim am Rhein beteiligte im vergangenen Jahr erstmals Bürgerinnen und Bürger an den Haushaltsberatungen



Foto: Matzerath

HAUSHALTSBERATUNGEN IN MÜLHEIM/RUHR PER INTERNET

Bürgerbeteiligung ist in Mülheim/Ruhr jetzt auch via Internet möglich. Über die aktuelle Situation und das Programm „Zukunft für Mülheim an der Ruhr“ wird jetzt auch online informiert. Unter www.muelheim-ruhr.de sind ausführliche Informationen über den Haushalt der Stadt sowie ein Konzept zur Verbesserung der desolaten Finanzlage hinterlegt. Ein Chat-Forum erlaubt direkte Teilnahme der BürgerInnen an der politischen Meinungsbildung.

Am Ende stand die Verabschiedung des Haushaltes 2001. Die wichtigste Anregung der Bürgerschaft, die Zuschüsse für eine Senioren-Begegnungsstätte unverändert zu lassen, wurde - trotz 1.700 gesammelter Unterschriften - vom Rat nicht berücksichtigt.

■ ERWEITERUNG DES PROJEKTES

Mit dem Beschluss des Haushaltes 2001 ist das Projekt „Bürgerhaushalt“ vorläufig abgeschlossen. Dies markiert zugleich den Auftakt der Diskussion um den Bürgerhaushalt 2002. Aufgrund eines Engagements der Bertelsmann Stiftung hat sich der Kreis der Kommunen, die das Konzept Bürgerhaushalt übernehmen werden, auf sieben Städte - unter anderem Castrop Rauxel und Hilden - erweitert. Für das Modellvorhaben „Bürgerhaushalt der Stadt Monheim am Rhein“ lässt sich folgende Zwischenbilanz ziehen:

- Durch die Haushaltsbroschüre hatten die Bürger erstmals einen umfassenden Einblick in die finanzielle Situation ihrer Gemeinde. Dies ist qualitativ etwas anderes als die in der Gemeindeordnung vorgesehene Offenlegung eines Haushaltsplans.
- Ein Bürgerhaushalt bringt nicht mehr Geld in die Kassen. Wer glaubte, die Bürger seien aufgrund größerer Transparenz für Sparmaßnahmen eher aufgeschlossen, wurde bei den Haushaltsforen eines Besseren belehrt. ●

Heimische Wirtschaft als Werbe-Trumpf

**Standortmarketing der eigenen
Kommune oder Region hat nur noch dann
Erfolg, wenn Werbung und Vermarktung
gezielt auf bestimmte Zielgruppen,
deren Bedürfnisse und Erwartungen
ausgerichtet sind**

Das Potenzial an tatsächlichen Neuansiedlungen - ohne Nahverlagerungen und Betriebsübernahmen - mit mindestens 30 Beschäftigten bewegt sich bundesweit pro Jahr bei etwa 120 bis 150 Unternehmen. Dabei konzentriert sich die Ansiedlung in starkem Maße auf Verdichtungsräume und Standorte in unmittelbarer Nähe von Autobahnen.

Für ländlich geprägte und peripher gelegene Wirtschaftsräume hat die überregionale Vermarktung von Gewerbeflächen nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind:

- Für bestimmte Zielgruppen sind attraktive „Standortprodukte“ zu erstellen - und nicht nur günstige Flächen anzubieten -, um sich in diesem Käufermarkt von der Konkurrenz abzuheben
- Über zielgruppenspezifische Vermarktungskampagnen sollte man in einen möglichst engen Dialog mit potentiellen Investoren kommen

■ STANDORT-ANALYSE

Aufgabe einer Standort- und Potenzialanalyse ist das Herausarbeiten solcher Standortfaktoren, die in ihrer Kombination für bestimmte Zielgruppen (Branchen, Sparten oder Kategorien von Unternehmen) von herausragender Bedeutung sind. Hierzu bedarf es keiner wissenschaftlichen Untersuchung, wohl aber einer präzisen Bewertung einiger Standortfaktoren:

- Wirtschaftsstruktur (Absatz-, Beschaffungs-, Kooperations- und Beschäftigungspotentiale)
- Arbeitsmarkt und Bevölkerungsentwicklung (heutiges und künftiges Reservoir an Fach- und Führungskräften)

- Industrie- und Gewerbeflächen (Preis, Nutzungsmöglichkeiten, Verkehrsanbindung, Ver- und Entsorgung, Firmen-Besatz etc.)
- Lage im Raum und Verkehrsanbindung (Marktzentralität; Qualität der Straßen-, Schienen- und Luftverkehrsanbindung; Nähe zu Oberzentren und Verdichtungsräumen)
- Know-how-Infrastruktur (Nähe zu Forschungs- und Entwicklungs-Einrichtungen/Hochschulen; Verbänden; Transfer-, Beratungs- und Weiterbildungsangeboten etc.)
- Finanzielle Faktoren (Gewerbesteuer, Strom/Gas/Wasser, Lohn- und Gehaltsniveau, Baupreise)
- Wohninfrastruktur (Wohn-, Erholungs- und Freizeitwert, Attraktivität der Innenstadt und des Einzelhandels, Bauflächen, Umweltbelastung, Kulturangebote)

Zudem müssen diese Faktoren im bundesweiten Vergleich betrachtet werden, um sie angesichts der Standortkonkurrenz realistisch bewerten zu können. Hierbei geht es um eine klare Bestimmung der eigenen Wettbewerbs- oder Marktposition. Erst auf dieser Basis ist es möglich, erfolversprechende Zielgruppen einzugrenzen, deren Bedürfnisse erkennbar besser als woanders befriedigt werden können, und ihnen ein „maßgeschneidertes Produkt“ anzubieten. Hierzu bedarf es aber zunächst eines weiteren Arbeitsschritts.

Erst auf dieser Basis ist es möglich, erfolversprechende Zielgruppen einzugrenzen, deren Bedürfnisse erkennbar besser als woanders befriedigt werden können, und ihnen ein „maßgeschneidertes Produkt“ anzubieten. Hierzu bedarf es aber zunächst eines weiteren Arbeitsschritts.

■ ZIELGRUPPEN ERMITTELN

Auf der Grundlage des Standortprofils oder der herausgearbeiteten Potenziale - etwa besondere Branchen- und Technologieschwerpunkte, die spezielle Absatz-, Beschaffungs- oder sonstige Kooperationsmöglichkeiten bieten; die Nähe zu branchenbezogenen Forschungseinrichtungen; gut ausgebildete und bodenständige oder betriebstreue Arbeitskräfte - müssen die Zielgruppen eingegrenzt werden. Gemeint

DER AUTOR

Diplom-Volkswirt
Michael Düchting ist
Inhaber des Wirtschaftsberatungsbüros
REGIONALConsult
Düchting in Bad Lipp-
springe



Foto: Beißel

Unternehmen siedeln sich nur dort an, wo man auf ihre Bedürfnisse eingeht - Leitsatz für jedes erfolgreiche Standort-Marketing

sind potenzielle Käufer, die über die notwendige Wachstums- und Investitionsmöglichkeiten verfügen und daher neue Standorte suchen, und die zudem an diesem speziellen Standortprofil besonders interessiert sind.

Dies verlangt umfangreiche Branchen- und Marktkenntnisse sowie ergänzende Gespräche mit Unternehmen der Zielgruppe - insbesondere am eigenen Standort -, mit Multiplikatoren, Branchenexperten und sonstigen „Insidern“. Dabei ist herauszuarbeiten,

- ob die Wünsche der Zielgruppe an diesem Standort besser als woanders erfüllt werden können
- auf welche besonderen Zielgebiete die Werbung konzentriert werden muss
- welche Argumente, Medien und Werbemittel einzusetzen sind
- inwieweit die Zielgruppe über ausreichendes Interesse und Investitionspotenzial verfügt, um in neue Standorte zu investieren.

In einem weiteren Schritt geht es darum, Engpässe zu lokalisieren, die potenzielle Neuansiedler an einem Investment in der Region hindern könnten. Sinnvollerweise folgt darauf ein Plan, wie diese Engpässe durch Maßnahmen der Wirtschaftsförderung abgebaut werden können - etwa durch Verbesserung des Fach- und Führungskräfteangebotes sowie der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, durch Aufbau von Kooperations-Netzwerken in der heimischen Wirtschaft oder durch Schaffung eines Innovations- und Mittelstandsservice, der insbesondere kleinere Betriebe schnell und umfassend unterstützt.

Möglicherweise führt diese Analyse aber auch zu einem Ausschluss bestimmter Investorengruppen.

■ WERBEBOTSCHAFT FORMULIEREN

Ist das Standortprofil definiert und sind die zielgruppenspezifischen „Produktpakete“ geschnürt, kommt es darauf an, die Werbemessage für die jeweilige Zielgruppe zu formulieren, sprich die hier besonders zugkräftigen Argumente herauszustellen. Ferner sind die Werbemittel (Internet-Auftritt mit gezielter Verlinkung, Zielgruppen-Suchanzeigen, die Rückfragen provozieren, Direkt-Mailings mit zielgruppenspezifischem Exposé, Präsentation auf Veranstaltungen, Fachmessen etc.) sowie die Werbeträger und Medien (Internet, Fachzeitschriften und -Messen, Multiplikatoren) festzulegen.

Entscheidend ist der systematische Aufbau und die frühe Festlegung des zeitlichen Ablaufs der Werbekampagnen (Leitfaden oder Media-Plan). Ziel ist hier, mit den Adressaten in einen immer engeren Dialog zu kommen; sie immer besser kennen zu lernen (Zielgruppen-Transparenz).

Vor allem gilt beim Standortmarketing, die Kontakte und Werbestrategien der ansässigen Unternehmen soweit als möglich zu nutzen. Hier bestehen oft vielfältige und zudem kostengünstige Möglichkeiten, die eigene Werbung gezielt an potentielle Neuansiedler heranzutragen – beispielsweise durch Kunden- und Lieferanten-Meetings, gemeinsame Messebesuche, LKW-Werbung, gemeinsame Presseartikel, Anzeigen oder Firmenprojekte.

■ UNTERNEHMER-URTEIL ZÄHLT

Zudem gilt die Binsenweisheit „Nichts ist so überzeugend wie das Urteil der Unternehmer über den eigenen Standort“. Gelingt es daher nicht, diese in die Standortwerbung einzubinden, sie zu „regionalen Botschaftern“ zu machen, werden erhebliche Chancen vertan. Insofern muss das Marketingkonzept auch eine „Innenkomponente“ aufweisen - sprich: Maßnahmen aufzeigen, wie die ansässige Wirtschaft von Anfang an integriert werden kann, damit sie die Aktionen voll unterstützt.

Erst wenn diese Basis geschaffen worden ist, sollte mit der Umsetzung des Außen-Marketings, mit den Werbekampagnen begonnen werden. Die eigenen Betriebe sind am ehesten in der Lage, Standort-Engpässe zu definieren und praxisnahe Lösungen aufzuzeigen. Zudem werden sie in aller Regel zum Abbau der Engpässe gebraucht und sind hierbei wichtige Partner der Wirtschaftsförderung.

Auf diese Weise trägt das Innen-Marketing dazu bei, die Standort-Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft sowie den Bekanntheitsgrad und das Image insgesamt zu verbessern. Letzteres kommt wiederum der regionalen Wirtschaft zugute - etwa bei der Suche nach Fach- und Führungskräften.

■ STREUVERLUSTE VERMEIDEN

Ein so verstandenes zielgruppenorientiertes Marketing, das Schritt für Schritt an die potenziellen Investoren heranführt, vermeidet aufwändige, aufgrund der hohen Streuverluste teure und wenig erfolgversprechende Kampagnen. Es trägt zudem zu einer stärkeren Identifikation der eigenen Wirtschaft mit dem Standort und seinen Chancen bei - ein „Nebeneffekt“ sowohl für das Marketing als auch für die Bestandsentwicklung.

Etlche bundesweite Beratungsprojekte haben gezeigt, dass eine systematische und langfristig angelegte Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderung mit ihren „Kunden“, den Unternehmen, unabdingbar ist. Nur wenn es gelingt, diesen die Chancen des Standortes im Wettbewerb um Investoren deutlich zu machen, können die regionalen Potenziale ausgeschöpft werden. ●

Einschläferung eines bissigen Kampfhundes

Ein sichergestellter, durch gravierende Beißvorfälle aufgefallener Hund darf eingeschläfert werden, wenn er weder an seinen bisherigen Halter zurückgegeben kann noch an einen neuen Halter vermittelbar ist (nichtamtlicher Leitsatz).

OVG NW, Beschluss vom 31.10.2000 – Az.: 5 B 838/00 –

Der 5. Senat des OVG hat mit dem o.g. Beschluss die von der Halterin einer Pitbull-/Staffordshire-Terrier-Mischlingshündin aus Duisburg beabsichtigte Beschwerde gegen einen Beschluss des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 10. Mai 2000 nicht zugelassen.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hatte in einem Eilverfahren gegen die Hundehalterin entschieden. Diese hatte sich gegen eine Verfügung der zuständigen Ordnungsbehörde gewandt, mit der die schmerzlose Einschläferung der Hündin angeordnet worden war. Es war die letzte Ordnungsverfügung in einer Reihe von Ordnungsverfügungen und Bußgeldbescheiden, die die Ordnungsbehörde gegen die Hundehalterin erlassen hatte. Nachdem die Hündin 1998 und 1999 ein Kind gebissen und erheblich verletzt hatte, wurde im Juli 1999 ein Maulkorb- und Leinenzwang angeordnet. Daran hielt sich

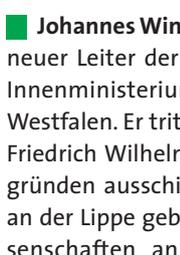
die Hundehalterin nicht. Im April 2000 biss die Hündin, die keinen Maulkorb trug, einen Passanten auf der Straße. Daraufhin wurde die Hündin sichergestellt und einem Tierheim übergeben. Sodann folgte die Anordnung der Einschläferung.

Nach Ansicht des OVG ist diese Anordnung rechtmäßig. Ein sichergestellter, durch gravierende Beißvorfälle aufgefallener Hund dürfe eingeschläfert werden, wenn er weder an seinen bisherigen Halter zurückgegeben werden könne noch an einen neuen Halter vermittelbar sei. Eine Herausgabe der sichergestellten Hündin an seine frühere Halterin sei ausgeschlossen, weil diese unzuverlässig für das Halten gefährlicher Hunde sei. Sie habe trotz gravierender Beißvorfälle den angeordneten Maulkorbzwang missachtet und sich auch durch wiederholte Bußgeldbescheide nicht zur Befolgung ihrer Pflichten als Hundehalterin anhalten lassen. An einen neuen Halter könne die Hündin nicht abgegeben werden, weil Halter, die die erforderliche ordnungsbehördliche Erlaubnis für die Haltung eines gefährlichen Hundes besitzen und zudem zur Übernahme der Hündin bereit sind, nicht zur Verfügung stünden. Die schmerzlose Tötung der Hündin sei auch mit dem Tierschutzgesetz vereinbar, weil hierfür ein vernünftiger Grund im Sinne des Tierschutzgesetzes vorliege. ●



■ **Hermann Walter**, früherer Bürgermeister der Gemeinde Everswinkel und langjähriges Mitglied des StGB NRW-Präsidiums, ist mit dem Verdienstkreuz am Bande

des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Der 61-Jährige erhielt die Auszeichnung für sein langjähriges Wirken auf kommunaler Ebene. Walter stammt aus Herbern, das heute zur Gemeinde Ascheberg gehört. Im September 1976 wurde er erstmals zum Gemeindedirektor von Everswinkel gewählt. 20 Jahre später stieg er zum hauptamtlichen Bürgermeister der Gemeinde auf. Dem Präsidium des StGB NRW gehörte Walter von 1987 bis 1999 an. In dem Verband hatte er noch weitere Funktionen inne, etwa den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Münster. Im Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes arbeitete er seit 1989 als stellvertretendes Mitglied mit.



■ **Johannes Winkel** ist seit Anfang Februar neuer Leiter der Kommunal-Abteilung im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Er tritt damit die Nachfolge von Friedrich Wilhelm Held an, der aus Altersgründen ausschied. Winkel, 1955 in Werne an der Lippe geboren, studierte Rechtswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Mün-



ster und ging 1984 als Regierungsrat zur Bezirksregierung Düsseldorf, wo er unter anderem als persönlicher Referent und Pressesprecher des Regierungspräsidenten tätig war. 1989 wechselte er zur NRW-Landesregierung in das Büro des damaligen Innenministers Dr. Herbert Schnoor. Von 1995 bis 1998 leitete Winkel die Gruppe „Kommunales Verfassungs-, Beamten- und Arbeitsrecht“. 1999 wurde er zunächst Leiter des Arbeitsstabes „Verwaltungsmodernisierung“ und 2000 auch Leiter der Abteilung „Öffentlicher Dienst“.

IMPRESSUM



STÄDTE- UND GEMEINDERAT

Die Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

Herausgeber

Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211/45 87-1
Fax 0211/45 87-211

Hauptschriftleitung

Hauptgeschäftsführer
Friedrich Wilhelm Heinrichs

Redaktion

Martin Lehrer M. A. (Leitung)
Telefon 0211/45 87-2 30
E-Mail: Martin.Lehrer@nwstgb.de
Barbara Baltsch

Anzeigenabwicklung

Krammer Verlag Düsseldorf AG
Hermannstraße 3 • 40233 Düsseldorf
Telefon 0211/91 49-4 03
Fax 0211/91 49-4 50

Layout

Krammer Verlag Düsseldorf AG

Druck

Druckservice H. Schübel
Theodor-Heuss-Straße 15
45711 Datteln

Gedruckt auf

chlorfrei gebleichtem Papier

Die Zeitschrift erscheint monatlich. Das Einzelheft kostet 9,- DM. Ein Jahresabonnement kostet einschließlich Inhaltsverzeichnis 96,- DM. Die Bezugsgebühren werden im dritten Quartal des Kalenderjahres durch besondere Rechnung eingezogen. Bestellungen nur beim Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, 40474 Düsseldorf, Kaiserswerther Straße 199/201. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Kein Buchhandelsrabatt. Die mit dem Namen des Verfassers veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

ISSN 0342 - 6106



THEMENSCHWERPUNKT
APRIL MOBILFUNK